

## Autobiografische Anmerkungen

Falter, Jürgen W.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Falter, J. W. (2013). Autobiografische Anmerkungen. *Historical Social Research, Supplement*, 25, 7-45. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-379701>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

---

## Autobiografische Anmerkungen

Jürgen W. Falter\*

---

**Abstract:** »Autobiographical Notes«. As a comparatively young boy I became strongly interested in both historical and political issues. This had to do, of course, with German history and the Cold War of the 1950s. As a student, I concentrated on historical and social studies, majored in political science and turned, due to my interest in the voters of the extremist NPD, into an empiricist and voting behavior specialist. Using theories and methods of voting behavior research for the analysis of the NSDAP electorate, I very soon discovered that much of what we believed about Nazi voting was empirically unfounded or flawed. So, in order to create substantial knowledge on the subject, I worked for more than twelve years on the question of "Who voted for Hitler?" After that, and until now, I have been working on the NSDAP party membership, a work still in progress. These topics, however, comprise only a smaller part of my scientific work. A much bigger part deals with modern voting behavior, political attitudes, extremist voters, the methodology of the social sciences, etc. These latter aspects of my career as a scientist are not dealt with in depth in the following.<sup>1</sup>

**Keywords:** NSDAP, voters, party membership, elections, National Socialism, autobiographical annotations.

Erfolgreiche Karrieren, gerade auch in der Wissenschaft, gründen sich nicht nur auf Leistung. Auch Zufall und Glück, häufig genug der sprichwörtliche glückliche Zufall, spielen dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle. So war es sicherlich eine glückliche Fügung, dass ich in eine bildungsbürgerlich orientierte Familie hineingeboren wurde, eine Familie, in der nicht nur Bücher herumstanden, sondern auch gelesen wurden, in der am Mittagstisch häufig über die neueste Lektüre, über Politik und Geschichte diskutiert wurde; nicht zuletzt

---

\* Jürgen W. Falter, Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft, 55099 Mainz, Germany; falter@politik.uni-mainz.de.

<sup>1</sup> Da es sich bei diesem Band um eine Sammlung von Aufsätzen handelt, in denen vor allem meine historisch-sozialwissenschaftlichen Forschungen zur NSDAP-Wählerschaft und -Mitgliedschaft ihren Niederschlag gefunden haben, liegt der Fokus dieser autobiographischen Skizze in erster Linie auf meiner damit im Zusammenhang stehenden intellektuellen Entwicklung und den für diesen Aspekt meiner Forschung relevanten Projekten. Auf Privates lasse ich mich nur dort ein, wo es zum Verständnis meiner intellektuellen Entwicklung und meiner Forschungstätigkeit notwendig ist. Dass ich natürlich als Hochschullehrer nicht nur geforscht, sondern mindestens in gleichem Maße gelehrt habe, dass ich noch viele andere Interessen habe als die Wissenschaft, ist nicht Gegenstand dieser biographischen Skizze.

gehört auch zu diesen glücklichen Zufällen, dass es bis zu meinem 20. Lebensjahre, als ich bereits als Student außer Haus war, bei uns kein Fernsehgerät gab (und ich auch als Student niemals eines besaß). Das animierte zum Lesen, und ab meinem siebten Lebensjahr, als ich wegen einer langwierigen Masern- und Keuchhustenerkrankung einige Zeit bei meinen Großeltern an der Bergstraße verbrachte, war ich Karl May verfallen, für viele Jahre. Schon früh begann ich daneben, angeregt durch meinen Großvater und meinen Patenonkel, die beide als Gymnasiallehrer auch Geschichte unterrichteten, in historischen Jugendbüchern zu schmökern. Tief beeindruckt hatten mich die beiden Bände von Paul Hermann „Sieben vorbei und acht verweht“ und „Zeigt mir Adams Testament“. Im Bücherschrank meiner Eltern entdeckte ich nicht viel später die Bücher von C. W. Ceram „Götter, Gräber und Gelehrte“ und „Enge Schlucht und schwarzer Berg“. Andere Literatur jener Zeit, die ich geradezu begierig verschlang, waren von Rudolf Pörtner „Mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit“ und von Werner Keller „Und die Bibel hat doch recht“ sowie Bücher über den deutsch-französischen Krieg und den ersten Weltkrieg, die bei meinen Großeltern in großer Zahl im Bücherschrank standen.

---

## Schule und Elternhaus

---

Ausgestattet mit einem guten Gedächtnis, damals auch mit einem überdurchschnittlichen Zahlengedächtnis, blieben mir Jahreszahlen, aber auch die Länge von Flüssen oder die Höhe von Bergen wie von selbst haften. Die deutschen Kaiser konnte ich von 768 bis 1806 mit ihren Regierungsdaten lange Zeit auswendig aufsagen (heute reicht es gerade noch für die ersten Karolinger und ein paar ausgewählte Herrscher der Staufer- und der Salierzeit); die Daten von Schlachten, Friedensschlüssen oder wichtigen Verträgen hatte ich als Vierzehn- oder Fünfzehnjähriger häufig parat, teilweise zum Missvergnügen meiner Geschichtslehrer. Ich entsinne mich, dass ich beim letzten gemeinsamen längeren Ferientaufenthalt mit meinen Eltern, da war ich, glaube ich, 15 oder 16 Jahre alt, den ersten Band einer alten Ausgabe von „Gebhardts Handbuch der deutschen Geschichte“ aus dem Jahre 1890, die ich von meinem Großvater ausgeliehen hatte, mit in den Urlaub nahm und während der drei oder vier Wochen am Neuenburger See von der ersten bis zur letzten Seite auslas. Geschichte faszinierte mich, umso mehr, als ich damit meinen gelegentlich besserwisserischen Neigungen und dem früh entwickelten Willen, durch Informiertheit zu glänzen, frönen konnte. Prompt fiel ich im Geschichtsunterricht von einer guten auf eine mittelmäßige Note, denn das konnte sich kein Geschichtslehrer bieten lassen: Dass ich grinsend in der letzten Bankreihe saß, wenn er oder sie etwas falsch oder ungenau vorgetragen hatte. Auch da erinnere ich mich an eine kleine Gegebenheit: Unsere Geschichtslehrerin sprach im Zusammenhang mit der Niederlage Preußens im Krieg gegen Napoleon davon, dass Preußen

kein großes stehendes Heer mehr halten durfte, dem aber mit dem so genannten Krümpersystem zu begegnen suchte, indem es eine große Zahl von Reservisten kurzfristig schulte und im Bedarfsfall schnell einberufen konnte. Eine Art Milizsystem also. Unsere Geschichtslehrerin, eine strenge, nicht minder rechtshaberische Dame, kannte diesen Begriff nicht und fragte sich und uns, wo dieser Begriff wohl herkomme, vielleicht von umkrempeln, worauf ich mich ironisch lächelnd von der Hinterbank meldete und meinte, er sei doch selbstverständlich nach dem Oberst im Generalstab Krümper benannt, der sich dieses System ausgedacht habe.<sup>2</sup> Dass mir derartige Interventionen nicht gerade die Freundschaft der gestrengen Geschichtslehrerin einbrachte, versteht sich von selbst.

Dabei war es gerade die Auseinandersetzung mit Lehrern beziehungsweise dem, was sie zum Besten gaben, was mich dazu brachte, mich intensiver in eine Sache zu vertiefen. So hatte ich mit unserem Religionslehrer, einem katholischen Priester, der gleichzeitig auch unser Geschichtslehrer war, eine heftige Auseinandersetzung über die Frage, ob Martin Luther angesichts der Verkommenheit der katholischen Kirche im 15. und 16. Jahrhundert nicht in seiner Zeit das Richtige getan habe, ob er also nicht viel positiver zu bewerten sei als das verständlicherweise von Seiten der katholischen Kirche (auch noch Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts) der Fall war. Unvergesslich bleibt für mich auch noch die Auseinandersetzung mit einem anderen meiner Geschichtslehrer, dem später als Philosophiehistoriker akademisch sehr prominent gewordenen Kurt Flasch, mit dem ich mich über den Herkunftsort Abrahams stritt. Es ging um die Frage, wo denn Ur in Chaldäa tatsächlich zu lokalisieren sei, ob im Zweistromland, wie vom britischen Archäologen William Foxwell Albright, wie ich gerade bei Werner Keller gelesen hatte, behauptet oder an ganz anderer Stelle. Um Recht zu behalten, vergrub ich mich wochenlang in die mir zugängliche Literatur zu dieser Frage und stritt mich dann mit vergnügter Erbitterung mit Kurt Flasch darüber, wer Recht habe, er oder ich. Solche Anekdoten gibt es viele; ich berichte sie nur deshalb, um zu beschreiben, mit welcher Lust und Intensität ich mich schon als Schüler mit historischen Fragen beschäftigte.

Kurt Flasch war es auch, der mit seiner offenen, liberalen Art viele in meiner Schulklasse intellektuell überhaupt erst öffnete. Am ehemaligen Bischöflichen Pro-Gymnasium zu Seligenstadt war der Lehrkörper, ebenso wie die meisten Eltern in unserer katholischen Kleinstadt, die häufig einen akademischen Hintergrund hatten und zur kleinstädtischen Oberschicht zählten, katho-

---

<sup>2</sup> So zumindest stand es in einem der Schul-Geschichtsbücher meines Großvaters. Das ist wohl nicht korrekt, zur Verunsicherung meiner Geschichtslehrerin reichte es. Tatsächlich wurde dieser Begriff schon unter Friedrich II. für nicht besoldete Armeeingehörige und später dann für nur kurzzeitig ausgebildete Rekruten verwendet, unter denen sich anscheinend besonders viele Tuchmacher (= Krümper) aus Schlesien und der Mark Brandenburg befanden.

lisch-konservativ eingestellt, die typischen CDU-Wähler der Adenauer-Zeit eben. Mit dem von Kurt Flasch vermittelten und von ihm vorgelebten wissenschaftlichen Habitus, alles zu hinterfragen, nichts für gegeben hinzunehmen, jede Meinung nur für so gut zu halten, wie das hinter ihr stehende Argument, verschob sich bei den intellektuell Aufgeweckteren unter uns die Weltsicht grundlegend. Plötzlich befassten wir uns kritischer mit Politik, wurden wir offener, toleranter, liberaler oder auch teilweise sozialdemokratischer. Das führte zu vielen Auseinandersetzungen mit den Eltern. Fragen wurden (lange vor der APO) laut, was sie denn während des Dritten Reiches und im Krieg getan hätten, warum sie nicht aufgestanden seien gegen den Nationalsozialismus, ob sie wohl am Ende selbst Nazis gewesen wären.

Das war im Falle meines Vaters, aber auch meiner beiden Großväter und meines einzigen überlebenden leiblichen Onkels ganz besonders ungerecht. Meine beiden Großväter waren frühe Gegner des Nationalsozialismus, vor 1933 und auch noch danach. Mein Großvater väterlicherseits lehnte als strenggläubiger Katholik und Zentrumsanhänger den Nationalsozialismus rundweg ab, der andere Großvater, evangelisch und eher nationalliberal orientiert, setzte sich bis ins Jahr 1933 hinein öffentlich mehrfach kritisch mit Hitler und der NSDAP auseinander, was ihm als Schuldirektor nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mit der sofortigen Entlassung aus dem Amt vergolten wurde. Nur ein Bittgang meiner Großmutter zu einem ehemaligen Tanzstundenpartner, der inzwischen ein höherer nationalsozialistischer Würdenträger geworden war, ermöglichte es meinem Großvater, als einfacher Studienrat das Dritte Reich zu überwindern. Mein Großvater väterlicherseits trat nie in die NSDAP ein, obwohl das als Justizbeamter nachdrücklich von ihm gefordert worden war. Mein Vater schließlich, ebenfalls niemals NSDAP-Mitglied, wurde einen Tag und eine Nacht lang von der Gestapo inhaftiert und verhört, nachdem er nach der Kriegserklärung an die Sowjetunion im Freundeskreis geäußert hatte, Hitler könne diesen Krieg niemals gewinnen, er müsse größtenwahnsinnig sein. Ein vorgeblich enger Freund hatte ihn bei der Gestapo denunziert. Meinem Großvater gelang es glücklicherweise, diesen „Freund“ davon zu überzeugen, seine Aussage so zu modifizieren, dass mein Vater wieder frei kam, als Mediziner an die Front eingezogen wurde und wegen eines entsprechenden Eintrags in seiner Personalakte solange Unterarzt blieb, bis sein Regimentskommandeur bei einer Frontbegradigung, lies: einem Rückzug, die Akte vernichtete, in der dieses Vorkommnis festgehalten worden war. Die List der Geschichte wollte es, dass auf diese Weise mein Vater es nur zum Stabs- und nicht zum Oberstabsarzt brachte, was ihm eine längere Dauer der Gefangenschaft ersparte.

Dass mein Vater mehr als Zivilcourage am Ende des Krieges bewies, erfuhr ich ebenfalls erst viel später: Auf dem Rückzug aus Frankreich am Ende des Krieges betreute er als Arzt eine Gruppe von Verwundeten, deren Transportfahrzeug zusammengebrochen war. Als ein Lastwagen voll Goldfasanen, das

waren Politische Leiter der NSDAP in Parteiuniform, auf der Flucht an ihnen vorbeifuhr, requirierte er diesen Lastwagen mit vorgehaltener Pistole und zwang die Parteibeamten, zu Fuß den Weg heim ins Reich zu suchen. Das hätte ihm am Kriegsende leicht Kopf und Kragen kosten können. Meine Mutter erzählte mir erst viele Jahre später davon. Von ihr erfuhr ich dann auch, leider erst nach dem Tod meines Vaters, dass dieser einige Jahre vor diesem Ereignis als Arzt an der Ostfront durch ein Missgeschick seines Fahrers, der sich in einem russischen Dorf verfuhr, Zeuge einer Genickschussaktion eines Einsatzkommandos wurde. Man verpflichtete ihn unter KZ-Androhung zu strengstem Stillschweigen. Bei einem Heimaturlaub erzählte er meiner Mutter unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit davon, nur dieser, und aus Angst erzählte diese es nach eigenen Aussagen niemandem weiter. Sie war übrigens ebenfalls nicht Mitglied der NSDAP. Dank ihrer tiefgläubigen katholischen Mutter wurde sie trotz des protestantischen Vaters katholisch getauft und erzogen. Sie brachte es bis zur Gruppenführerin in der Katholischen Jugend der kleinen Kreisstadt an der Bergstraße, in der sie seit 1933 aufwuchs. Mit ihrer gesamten Gruppe wurde sie eines Tages in den BdM überführt, was aber nur solange dauerte, bis sie mit ihren nunmehr BdM-Maiden gleich am nächsten Sonntag gemeinsam das katholische Hochamt besuchte. Das beendete ihre unfreiwillige BdM-Karriere abrupt.

Dass angesichts dieser Familiengeschichte meine Vorwürfe und kritischen Fragen an die Adresse meiner Eltern höchst ungerecht waren, ist mir heute klar. Damals wusste ich von diesem Hintergrund buchstäblich nichts, da man einfach nicht darüber sprach. Man redete selbst über diese entlastenden Aspekte nicht. Die Vergangenheit war ein Tabu, an das man nicht rührte, sogar im engsten Familienkreis nicht. Tabu war übrigens auch, ebenso wie die Einkommensverhältnisse meiner Eltern (über Geld sprach man einfach nicht), welche Partei mein Vater und meine Mutter in der neu entstandenen Bundesrepublik wählten. Das war vermutlich bei einem Kleinstadtarzt noch nachvollziehbar, aber meinen Freunden ging es genauso mit ihren Eltern. Dieses Schweigen stand für den Unwillen einer ganzen Generation, sich politisch nach den Erfahrungen des Dritten Reichs und der Entnazifizierung noch einmal politisch im Alltag zu exponieren. Erwin K. Scheuch hat über die Sichtbarkeit von politischen Einstellungen im Alltag der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre eindrucksvoll geschrieben.<sup>3</sup>

Politisches und historisches Erkenntnisinteresse entwickelten sich bei mir fast gleichzeitig. Dass ich mich vergleichsweise früh für Politik zu interessieren begann, lag nicht zuletzt daran, dass ich als Zwölfjähriger den Ungarn-Aufstand intensiv am Radiogerät mitverfolgte. Bis heute klingen mir die fle-

---

<sup>3</sup> Erwin K. Scheuch, Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, in: ders./Rudolf Wildenmann (Hrsg.), Zur Soziologie der Wahl, Sonderheft 9 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1965, S. 169-216

hentlichen Bitten der ungarischen Führung, von Imre Nagy und Oberst Maléter, in den Ohren, der Westen möge Ungarn helfen. Berichte über Erfahrungen unter dem Stalinismus bzw. Poststalinismus wurden in unserer Familie intensiv diskutiert. In diese Zeit fällt aber auch meine erste Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus. Berichte über die Greuelthaten, die von den Schergen des Dritten Reiches, aber auch von einfachen Polizisten und Soldaten begangen wurden, gelangten damals verstärkt in die Öffentlichkeit. Ich entsinne mich an ein Buch, das ich sehr früh, mit 12, 13 oder 14 Jahren, las mit dem Titel „Das haben wir damals nicht gewußt“, in dem schonungslos einige Aspekte des Nationalsozialismus und des Dritten Reichs dargestellt wurden.<sup>4</sup> Das Miterleben des Stalinismus bzw. Poststalinismus aus gar nicht so sicherer Entfernung, die Nachrichten über die Verfolgungen und die miserablen Lebensbedingungen unter einem linkstotalitären Regime und die Lektüre über die NS-Diktatur, die Judenvernichtung und den Zweiten Weltkrieg machten mich schon früh zu einem dezidierten Anti-Totalitären und Anti-Extremisten.

Bereits als relativ junger Teenager beschäftigte mich die Frage, wie es dazu kommen kann, dass liberaldemokratische Regime scheitern, dass Menschen extremistischen oder nennen wir es ruhig totalitären Ideologien verfallen, dass im Namen von Diesseitsreligionen Menschen entrechtet, gefoltert, ja ganze Volksgruppen vernichtet werden. Dies war eines der Leitmotive meines Studiums, stärker noch meiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Zugleich verhinderte diese anti-extremistische Grundeinstellung, dass ich wie so viele Antifaschisten auf dem einen Auge blind war, um auf dem anderen dafür umso schärfer, bis zur Verzerrung der Wirklichkeit, zu sehen. Mein Widerwille richtete sich immer gegen alle Spielarten des politischen Extremismus, rechte wie linke. Dass ich mich dann als Wissenschaftler stärker mit dem Nationalsozialismus beschäftigte, mehr über Rechts- als über Linksextremismus forschen würde, ergab sich geradezu zwangsläufig aus den Vorprägungen durch die deutsche Geschichte. Wäre ich in einem anderen posttotalitären System aufgewachsen, hätte ich mich wahrscheinlich intensiver mit Linksextremismus und Stalinismus beschäftigt. Diese antitotalitäre Grundhaltung ließ mich in meiner Berliner Zeit mit Unglauben und Verständnislosigkeit die Blindheit vieler Kommilitonen und Studienfreunde auf ihrem linken Auge beobachten. Es war für mich unvorstellbar, auf dem Kurfürstendamm hinter den Ikonen ost- und südostasiatischer Diktatoren zu paradiere und Ho-Ho-Ho-Chi-Minh zu skandieren. Wie hochintelligente Menschen so geschichtsvergessen und realitätsblind sein konnten, so politisch einäugig, dass sie die Gräueltaten des Stalinismus, des Maoismus, des Ho-Chi-Minhismus oder Enver Hodschas klein redeten oder gar

---

<sup>4</sup> Hans Erwin Leitner, Das haben wir damals nicht gewußt – 1937-1940, Eschwege 1949. Wieder gelesen handelt es sich bei diesem Buch allerdings eher um eine lebendig geschriebene Darstellung der Vorgeschichte des Kriegsausbruchs. Heute weiß ich nicht mehr, wieso ich davon so beeindruckt war.

nicht wahrnahmen, nicht wahrnehmen wollten, der Bundesrepublik aber faschistoide Tendenzen unterstellten, entzog sich meinem Verständnis.

Aber ich greife vor. Meine Schullaufbahn verlief keineswegs so geradlinig, wie es aus der Rückschau auf die intellektuelle Entwicklung erscheinen mag. Ein hoch entwickelter Gerechtigkeitssinn, gepaart mit einem ziemlich aufbrausenden Wesen und der vom Elternhaus vermittelten Überzeugung, dass die Schule keine Institution sei, die immer Recht habe, führten dazu, dass ich mich mit Lehrern nicht nur regelmäßig intellektuell anlegte, was einige genossen, andere aber als unbotmäßig, ja geradezu ungehörig ansahen, sondern auch mit ihnen wegen anderer, banalerer Dinge aneinander geriet. Dass ich der stets kritische Leitartikler unserer Schülerzeitschrift war, kam verschärfend hinzu. So machte ich mich in einem Leitartikel unserer nicht ganz unabsichtlich *Spektakel* genannten Schülerzeitung über einen Artikel in der Kreiszeitung lustig, in der unsere vielhundertjährige Schulgeschichte gepriesen wurde. Durch Bezug auf einige historische Quellen versuchte ich nachzuweisen, dass es damit nicht so arg weit her sei, dass die in der Tat existierende Klosterschule vor allem dem klösterlichen Nachwuchs vorbehalten gewesen sei und dass von einer Vorgängerschule eigentlich erst seit dem 19. Jahrhundert geredet werden könne. Das klingt harmloser als es war, da ich das in einem ziemlich provokanten Ton vortrug und sich dann auch noch herausstellte, dass der Stichwortgeber des Artikels in der Offenbach Post der Direktor unserer Schule gewesen war, der sich natürlich über die Frechheit des Unter- oder Obersekundaners Falter weidlich ärgerte. Dieses Ereignis führte, man glaubt das aus heutiger Perspektive kaum, zu einer ersten Lehrerkonferenz über den unbotmäßigen Schüler Falter. Nun gut, dazu hatten vermutlich auch noch einige weitere Auseinandersetzungen mit Lehrern beigetragen. Der Leitartikel war dann nur noch das Tüpfelchen auf dem i.

Insbesondere, wenn ich mich ungerecht behandelt fühlte, kannte ich keine Autoritäten. Mein Klassenlehrer pflaumte mich einmal an, weil ich als Siebzehnjähriger mit (so viel Snob musste sein: selbstverständlich handgebundener) Fliege in die Schule kam; irgendwie passte ihm mein Outfit nicht; als ich ihm eine patzige Antwort gab, brüllte er mich an, ich solle mich zusammen nehmen, er habe noch nie an einem Biertisch mit mir gesessen. Ich gab ihm darauf spontan zur Antwort, dass ich auf dieses zweifelhafte Vergnügen gerne verzichten könne. Dem Sportlehrer, der ein Attest meines Vaters, das mich für den betreffenden Tag vom Turnen befreite, mit den Worten kommentierte, den Attesten der heutigen Ärzte könne man nicht mehr vertrauen, antwortete ich vor versammelter Klasse: jedenfalls mehr, als den Noten der heutigen Lehrer, wie man an seinem Beispiel sehe. Dies alles führte nicht nur zur erwähnten ersten Schulkonferenz über mich, sondern auch zu dem Beschluss der Ärzte unserer kleinen Stadt, für diese Schule solange keine ärztlichen Atteste mehr auszustellen, bis sich der betreffende Lehrer bei der Ärzteschaft für sein Äußerung entschuldigt habe. Die Weigerung schließlich, als Oberstufenschüler an

der Volkszählung 1961 teilzunehmen, verbunden mit den entsprechenden Auseinandersetzungen mit den beteiligten Lehrern über Gemeinwohl und Gemeinschaftsdenken, das ich als Volksgemeinschaftsdenken veralberte, führte schließlich zur zweiten Schulkonferenz, die mit dem *Consilium abeundi* geendet hätte, hätte mir mein Klassenlehrer nicht in erheblich angesäuseltem Zustand am Vorabend bei der Geburtstagsfeier seines Sohnes, mit dem ich lose befreundet war, erzählt, dass am folgenden Tage um Punkt 12 Uhr erneut eine Schulkonferenz mit dem Ziel einberufen worden sei, mich dieses Mal endgültig der Schule zu verweisen. Das erzählte ich meinem Vater beim Frühstück, und just eine Minute vor Beginn der Schulkonferenz nahm dann dieser mich telefonisch von der Schule, was dazu führte, dass ich die letzten eineinhalb Jahre auf einem Internat im Taunus verbringen musste. Aber, um einmal meine frühere, sehr lebenskluge Schwiegermutter, eine bayerische Schwäbin aus dem Nördlinger Ries, zu zitieren: Selten ein Schaden, dem nicht ein Nutzen innewohnt, oder in ihren Worten, selten ein Schad‘ ohne Nutz‘. Da es im Internat kaum Ausgang gab, nutzte ich die Zeit, zu lesen was das Zeug hielt, insbesondere die neue deutsche Literatur der Gruppe 47, und gründete dort wieder eine neue, wohl etwas botmäßigeren Schülerzeitung mit dem durchaus harmloser klingenden Titel „Podium“, die allerdings mangels Nachfolgern in der Redaktion schnell wieder einging.

Warum berichte ich das? Weil mein Berufswunsch am Ende meiner Schulzeit nicht etwa Wissenschaftler oder Universitätsprofessor war, das traute ich mir dann doch nicht zu, sondern Journalist oder Diplomat. Dieser letztere Berufswunsch hat sicherlich den einen oder anderen Leser unserer Abizeitung erheitert, nachdem ich zwar an der neuen Schule meine Lehrer nicht mehr durch überzogene Gerechtigkeitsvorstellungen provozierte, wohl aber mich mit ihnen immer noch intellektuell anlegte, wo es ging. Eines der Opfer war unser katholischer Religionslehrer, Pater Albert, ein herzensguter, lebenswerter Mensch. Mit ihm geriet ich aneinander, als ich ein Referat halten sollte, das den schönen Titel trug: „Kann es in einem christlichen Staat eine Willkürfreiheit der Presse geben?“ Anlass dieser Themenstellung war die Spiegelaffäre. Was unser Pater vermutlich lesen wollte, war ein klares Nein auf die gestellte Frage. Ich indes ging die Fragestellung ganz anders an, als er sich das wohl vorstellte, indem ich zunächst einmal zu definieren versuchte, was denn überhaupt ein christlicher Staat sei. Da, so meine Gedankenkonstruktion, das oberste christliche Gebot das der Nächstenliebe sei, müsse ein christlicher Staat einen Widerspruch in sich darstellen, da ein recht verstandener christlicher Staat doch nicht durch Gesetze seine Bürger zum christlichen Leben zwingen oder Andersdenkende unterdrücken dürfe. Also könne es gar keinen *christlichen* Staat geben, folglich sei schon die Fragestellung verfehlt. In einem weltlichen Staat allerdings, so er denn demokratisch verfasst sei, müsse es Pressefreiheit geben, und was Willkür sei, dürfe keineswegs vom Staat festgelegt werden, denn dann sei dieser nicht mehr liberal und demokratisch. In einem Staat wie der Bundesre-

publik sei folglich „Willkürfreiheit der Presse“ absolut statthaft. Dass der gute Pater mit dieser Gedankenführung nicht ganz einverstanden war, ist nachvollziehbar, aber irgendwie kam er mir in seinen Gegenargumenten so schwach vor, dass ich ihm in all meiner achtzehnjährigen Arroganz erklärte, ihm fehle wohl die intellektuelle Befähigung, meine Argumente nachvollziehen zu können. Daraufhin warf er mich aus dem katholischen Religionsunterricht, was allerdings nicht von langer Dauer war, weil ich gleich beim Kollegen des Paters von der anderen Konfession anfragte, ob ich nicht im evangelischen Religionsunterricht hospitieren dürfe. Das wiederum war dem guten Pater ein Dorn im Auge, worauf er mir nach zwei Wochen ausrichten ließ, ich sei wieder willkommen. In meiner Abitursbeurteilung stand übrigens, so wurde mir berichtet, ich sei der typische Linksintellektuelle, der alles in Frage stelle und keine göttlichen oder weltlichen Autoritäten gelten lasse, eine Charakterisierung, die echte Linke zum Schmunzeln bringen würde. Mehr als linksliberal war ich in keiner Phase meines Lebens.

---

## Studium in Heidelberg und Berlin

---

Warum schildere ich diese kleine Geschichte? Weil sie recht bezeichnend ist für meine damalige Haltung, die mich mein gesamtes bisheriges Leben begleiten sollte: Dinge zunächst einmal in Frage zu stellen, Themenvorgaben oder auch vorgebliche Erkenntnisse nicht ohne weiteres zu akzeptieren, sondern immer zu fragen: Macht das einen Sinn? Woher weiß der Autor das? Hat er denn Beweise für seine Behauptungen? Und wie gut sind diese Beweise? Letzteres wurde zu einem weiteren Leitmotiv meiner Tätigkeit, schon als Student, und dann als Wissenschaftler. Das führt unweigerlich zur Frage nach der richtigen wissenschaftlichen Methode (im Sinne von Methodologie). Und genau diese Frage beschäftigte mich schon früh in meinem Studium. Wie mein Vater, meine beiden Onkel und meine beiden Großväter (und später meine Schwester) begann ich in Heidelberg zu studieren, und zwar Germanistik, Geschichte und Politik. Die Germanistik legte ich bald ab, nachdem Herbert Heckmann („Benjamin und seine Väter“), ein von mir sehr geschätzter Schriftsteller, der als Lehrbeauftragter an der Heidelberger Universität Kurse gab, bei einem Referat, das über eine Interpretation des Gedichts „Halber Schlaf“ von Georg Heym ging, mir die künstlerische Sensibilität absprach, womit er durchaus Recht gehabt haben mochte. Auf jeden Fall traf mich diese Kritik bis ins Mark, da ich zu dieser Zeit noch Gedichte und Kurzgeschichten verfasste, die ich allerdings vorsichtshalber außer der einen oder anderen Angebeteten niemals jemandem zeigte. Da er mir nicht sagen konnte, worin denn im konkreten Falle diese künstlerische Sensibilität bestehe und wie man sie erlernen könne, kam ich schnell zu der Auffassung, dass die Germanistik wohl doch nicht das richtige Studium für mich sei, trotz meiner schriftstellerischen Ambitionen und (dama-

ligen) überdurchschnittlichen literarischen Belesenheit. Also beschloss ich, mich auf die Geschichts- und Politikwissenschaft zu konzentrieren, was ich dann auch mit wachsender Lust tat.

Politikwissenschaft hörte ich bei Carl Joachim Friedrich, Dolf Sternberger, Bernhard Vogel und Arnd Morkel, Geschichtswissenschaft bei Werner Conze, Ahasver von Brandt und Hans Mommsen, der damals als Assistent in Heidelberg tätig war. Gleichzeitig betätigte ich mich, in Fortsetzung meiner Tätigkeit als Schülerzeitungsredakteur, als AStA-Pressereferent, denn ich wollte ja immer noch Journalist werden. In dieser Eigenschaft redigierte ich das Infoblatt des Heidelberger AStA und war Mitherausgeber einer Studentenzeitung mit intellektuellem Anspruch, des „forum academicum“. Eines Tages kam mir (zufällig!) ein Stipendienangebot aus Berlin auf den Schreibtisch, das einen einsemestrigen Austausch zwischen der Freien Universität und westdeutschen Universitäten vorsah, eine Art Landverschickung für Berliner Studenten, was wohl der Hauptzweck war, aber auch der Versuch, in umgekehrter Richtung Berlin stärker an das Bundesgebiet anzubinden. Ich bewarb mich, bekam das Stipendium und ging – wie ich dachte für ein Semester – nach Berlin. Dort setzte ich zwar das Doppelstudium der Politik- und Geschichtswissenschaft fort, nunmehr aber in genau dieser Reihenfolge. Am Otto-Suhr-Institut lernte ich die Übersichtlichkeit eines Diplomstudienganges schätzen, der nicht nur eine Zwischenprüfung kannte, sondern auch eine klare Struktur von Grund- und Hauptstudium, was das Studium für mich viel überschaubarer machte als in Heidelberg. Auch war das Studienangebot am Otto-Suhr-Institut mit seinen elf Lehrstühlen viel breiter und interessanter als in Heidelberg mit seinen gerade einmal eineinhalb Lehrstühlen (Carl Joachim Friedrich lehrte jedes zweite Semester an der Harvard University). Deswegen blieb ich, entgegen der ursprünglichen Planung, bis zu meinem Diplom in Berlin, wo Politikwissenschaft nicht nur – zumindest von einigen Dozenten – als moderne, systematische, theorieorientierte Sozialwissenschaft betrieben, sondern auch mit historischer Tiefendimension vermittelt wurde.

In der zweiten Hälfte meines Studiums begann ich mich mit Fragen der empirischen Wahlforschung zu beschäftigen. Auslöser war ein Referat über die Wähler der NPD, bei dessen Vorbereitung ich feststellte, dass sich die Ergebnisse der Meinungsumfragen zur NPD-Wählerschaft gravierend voneinander unterschieden. Wie das sein konnte, war mir damals nicht klar; also fing ich an, mich mit Umfrageforschung zu beschäftigen, was geradezu zwangsläufig dazu führte, dass ich mich auch mit Fragen der Statistik plagen musste. Zuvor hatten mich allenfalls Jahreszahlen und Seitenzahlen interessiert. Schon in Heidelberg hatte ich mich in meinem ersten oder zweiten Semester in einem politikwissenschaftlichen Proseminar bei Arnd Morkel an das schwierige Gebiet der Werturteilsfreiheit herangewagt und in diesem Zusammenhang das Buch „Politische Theorie“ von Arnold Brecht gelesen. Das Referat, das ich hielt, war bestimmt nicht gut, viel zu emphatisch nach politischer Bewertung rufend, aber die Lek-

türe von Arnold Brecht prägte mich dennoch methodologisch in entscheidender Weise. Die logische Kluft zwischen Sein und Sollen, die Unmöglichkeit, Werturteile aus Tatsachenurteilen abzuleiten und umgekehrt, leuchteten mir (damals wider Willen) ein. Diese Erkenntnis bestimmt bis heute mein Selbstverständnis als Erfahrungswissenschaftler.

Zur Empirie kam ich wie gesagt über die Beschäftigung mit der NPD, wobei durch mein weiter parallel laufendes geschichtswissenschaftliches Studium der Bezug zur historischen Erfahrungswissenschaft, wenn auch zu einer anderen Art von Erfahrungswissenschaft als sie die empirische Wahlforschung darstellt, nie verloren gegangen war. Meine politikwissenschaftliche Diplomarbeit bewegte sich dann auch auf dem Gebiet der empirischen Wahlforschung, genauer: der wirtschaftlichen Bestimmungsgründen von Wählerentscheidungen. Im Studium selbst war ich von der Benotung her meistens nur ein allenfalls guter bis mittelmäßiger Student; wie schon in der Schulzeit aber schnitt ich in meinen Examina um ein bis zwei Notenstufen besser ab, was dazu führte, dass ich 1968 ein sehr gutes Diplom ablegte. Das bewog mich, mit dem Politischen Soziologen Peter Christian Ludz, einem der Nachwuchsstars des Otto-Suhr-Instituts, ein Dissertationsthema abzusprechen, dessen Gegenstand der damals virulente Rechtsextremismus unter der deutschen Landbevölkerung war. Bevor ich mich damit intensiver zu beschäftigen begann, ging ich mit Hilfe eines DAAD-Stipendiums in die USA, zunächst nach Ann Arbor, Michigan, ins damalige Mekka der empirischen Wahlforschung, und dann, nachdem mir angeboten wurde, als wissenschaftlicher Assistent an die Universität des Saarlandes zu wechseln, an die University of California in Berkeley. Dort belegte ich vor allem Kurse in Methoden der empirischen Sozialforschung, Statistik und der Verwendung statistischer Programmpakete wie OSIRIS mit Hilfe von Großcomputern (SPSS war damals noch kaum verbreitet). Selbst einen FORTRAN-Kurs belegte ich, um wenigstens ein bisschen programmieren zu können. Insoweit gehöre ich zur ganz frühen Generation derer, die sich in der Politik- und noch mehr in der Geschichtswissenschaft mit dem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung befassten.

Dass auch bei dem Angebot, als Assistent von Karl Kaiser nach Saarbrücken zu gehen, die glücklich waltende Hand des Zufalls eine Rolle spielte, versteht sich nun fast schon von selbst: Ich kannte Karl Kaiser nicht persönlich, ich hatte auch ganz wenig von ihm gehört, da er den größten Teil seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der Harvard University verbracht hatte und auf anderen Themenfeldern publizierte als meinen eigenen Interessengebieten. Karl Kaiser kam als sehr junger, nur 34 Jahre alter Ordinarius auf den vakanten politikwissenschaftlichen Lehrstuhl nach Saarbrücken, hatte aber niemanden, den er mit nach Saarbrücken bringen konnte. Er suchte jemanden, der – sozusagen als Kontrastprogramm oder besser: Ergänzung zu ihm – Fragen der Innenpolitik, der Politischen Soziologie und vor allem auch empirische Forschungsmethoden in der Lehre anbieten konnte. Zufall war es nun, dass er mit

Heinrich August Winkler, damals noch ein junger, aufstrebender Historiker, mittlerweile einer der Doyens der Zunft, aus ihrer gemeinsamen Zeit in Harvard befreundet war und diesen fragte, ob er nicht jemanden kenne, der diesem Anforderungsprofil entspreche. Und Zufall war es nun auch wieder, dass Heinrich August Winkler damals häufiger die außergewöhnlich attraktive Schwester meiner Berliner Studienfreundin besuchte. Die Schwestern teilten sich eine kleine Wohnung in Berlin-Zehlendorf. Dort trafen Heinrich August Winkler und ich immer wieder einmal aufeinander, wobei wir uns allerdings schon vorher kannten, da Winkler Assistent am Otto-Suhr-Institut war und zum wissenschaftlichen Beirat einer studentischen politikwissenschaftlichen Zeitschrift zählte, deren Chefredakteur und bald auch Herausgeber ich war („Der Politologe“, später: „Berliner Zeitschrift für Politologie“). Mit Heinrich August Winkler stritt ich anlässlich eines gemeinsamen Besuches bei den Schwestern über die Frage, ob der Begriff des Interesses ein analytisch fruchtbarer Begriff für die Geschichts- und Politikwissenschaft darstellen könne. Ich vertrat damals (und auch heute noch) die Position, dass es sich hier in Wirklichkeit um einen verkappten normativen Begriff handele, wenn er im Sinne eines objektiven Interesses (einer Klasse, einer Gruppe, eines einzelnen Menschen) verwendet werde. Er unterscheide sich dann wissenschaftstheoretisch in keiner Weise vom Gemeinwohlbegriff. Da ich der Ansicht war (und das auch immer noch bin), dass normative Begriffe und die damit einhergehenden Bewertungen wegen der erwähnten logischen Kluft zwischen Sein und Sollen nichts zu unserer Erkenntnis beitragen können, war ich dafür, den Begriff des objektiven Interesses aus erfahrungswissenschaftlichen Begründungszusammenhängen prinzipiell zu verbannen. Winkler war anderer Ansicht, einigen konnten wir uns nicht, aber unsere Diskussion schien ihn doch so beeindruckt zu haben, dass er mich nachdrücklich Karl Kaiser empfahl, und dieser mich dann nach Lektüre meiner Diplomarbeit aus der Ferne einstellte, denn ich studierte zu diesem Zeitpunkt ja noch in Ann Arbor. Nach Berkeley ging ich, um die verbleibende Zeit in den USA in schönerem Ambiente in einer interessanteren Region zu verbringen. So wurde ich am 2. Januar 1970 „Verwalter der Dienstgeschäfte eines wissenschaftlichen Assistenten“ am damals noch so genannten „Institut für Theorie und Soziologie der Politik“ an der Universität des Saarlandes. Heute gibt es dieses Institut nicht mehr; es wurde Opfer inneruniversitärer Umverteilungskämpfe.

---

## Promotion und Habilitation

---

Mit der Wahl des Arbeitsortes und des Chefs hatte ich erneut geradezu unverschämtes Glück. Natürlich wäre ich viel lieber nach Berlin zurückgegangen, an die Freie Universität, wo ich ein – verbindlich klingendes – Angebot aus dem Umkreis von Richard Löwenthal hatte, bei Jürgen Domes und Franz Anspren-

ger eine Assistentenstelle zu übernehmen; die aber fiel einem Sturm protestierender Studenten auf das Rektorat der Freien Universität zum Opfer; die Zusage an Richard Löwenthal war danach einfach aus den Akten verschwunden. Umso glücklicher war ich über das Angebot, nach Saarbrücken zu gehen. Saarbrücken war in den damaligen stürmischen Zeiten der außerparlamentarischen Opposition und der Studentenbewegung, die sich längst radikalisiert hatte und die Freie Universität in tiefe, über ein Jahrzehnt dauernde Konflikte stürzte, geradezu ein Hort der Stille und der konzentrierten Arbeitsmöglichkeiten. Kommilitonen, die in Berlin geblieben waren, verloren Jahre in – im Nachhinein gesehen – fruchtlosen Konflikten zwischen „fortschrittlicher“, gemeint ist marxistischer, und „bürgerlicher“ Wissenschaft. Ich selbst hatte das große Glück, in einem kleinen Institut mit einem liberalen, noch sehr jungen Chef konzentriert arbeiten zu können. Das führte dazu, dass ich neben meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Assistent vergleichsweise schnell, nämlich in nur zwei Jahren, meine Dissertation fertig stellen konnte.

Aus meinem ersten Dissertationsthema wurde nichts, da Peter Christian Ludz meinte, ich solle doch lieber bei Karl Kaiser promovieren, was ich dann mit einer Untersuchung über die saarländischen Landtagswahlen von 1970 auch tat.<sup>5</sup> Gegenstand der Dissertation war eine empirische Wahlanalyse anhand von Aggregat- und Umfragedaten in (auch) historischer Perspektive. Sie gefiel den Gutachtern, neben Karl Kaiser war das der Soziologe Gerald Eberlein, so gut, dass sie sie mit der Höchstnote bewerteten. Sie erschien dann auch als Buch in der recht angesehenen Reihe der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes.<sup>6</sup> Das bestärkte in mir den Wunsch, weiter in der Wissenschaft zu bleiben. Schon während der letzten Semester meines Studiums in Berlin hatte ich große Freude am wissenschaftlichen Arbeiten entwickelt. Der Berufswunsch, Journalist oder Diplomat zu werden, trat in den Hintergrund. Die Aussicht, an der Universität bleiben zu können, erschien mir immer verlockender. In Saarbrücken schließlich glaubte ich erstmals eine realistische Chance zu haben, eine Universitätskarriere einschlagen zu können. Ein Traum, der früher in Erfüllung ging als erwartet, da ich – als typischer Konjunkturgewinnler der frühen siebziger Jahre mit ihren vielen Universitätsgründungen – als 29-jähriger eine C3-Professur an der damals neu gegründeten Hochschule der Bundeswehr in München erhielt.

Noch keine 30, und schon meinen Traumberuf in meiner Traumstadt, wenn auch nicht an meiner Traumuniversität, erreicht zu haben, das musste ich erst

---

<sup>5</sup> Es ist mir klar, dass man sich nicht selber promoviert, sondern von der zuständigen Fakultät promoviert wird, alltagssprachlich hat sich jedoch längst auch die Aktivform des Verbs „promovieren“ durchgesetzt.

<sup>6</sup> Faktoren der Wahlentscheidung. Eine wahlsoziologische Analyse am Beispiel der saarländischen Landtagswahl 1970, Carl Heymanns Verlag, Köln 1973 (Schriftenreihe Annales Universitatis Saraviensis, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Band 71).

einmal verarbeiten. Zur Überwindung dieses (positiven) Schocks benötigte ich einige Zeit. Es dauerte drei Jahre bevor ich anfang, wieder zu forschen und zu publizieren, zunächst auf dem Gebiet der empirischen Wahlforschung und der Forschungsmethoden, um mich dann doch noch an eine Habilitationsschrift zu wagen, die ein methodologisches Thema zum Inhalt hatte, den sogenannten Behavioralismusstreit in der amerikanischen Politikwissenschaft 1945-1975, mit der ich dann 1981 an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes habilitierte und die Venia in Politikwissenschaft verliehen bekam. Da Karl Kaiser inzwischen nach Köln bzw. etwas später nach Bonn gewechselt war, wurde die Arbeit von seinem Nachfolger, Jürgen Domes, und dem Konsum- und Verhaltensforscher Werner Kroeber-Riel begutachtet.

Den größten Teil dieser Arbeit schrieb ich während eines neunmonatigen Aufenthalts als Kennedy Memorial Fellow an der Harvard University. Mit dem Thema knüpfte ich an ein Interessengebiet an, das bereits während meines Studiums für mich eine große Rolle spielte: die Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften. In den letzten Jahren meines Studiums gab es immer wieder in Seminaren und abends beim gemeinsamen Bier Diskussionen über die richtige Art, Wissenschaft zu betreiben, über das „rechte“ Ziel von Wissenschaft und die Möglichkeiten erfahrungswissenschaftlicher Erkenntnis. Damals las ich mich intensiv in die einschlägige Literatur ein, in Hempel, Carnap, Kraft, Popper, Albert, Lakatos und andere. Natürlich beschäftigte ich mich fast genauso intensiv mit der Gegenposition, mit den Vertretern der Frankfurter Schule, insbesondere Adorno und Habermas, mit Negt und Schmitt und den anderen, die mich aber ganz und gar nicht überzeugen konnten. Die Vermischung von Wissenschaft und Politik, der nahezu vollständige Verzicht auf strenge erfahrungswissenschaftliche Kriterien, die gewollte normative Aufladung wissenschaftlicher Aussagen und die fehlende Ergebnisoffenheit empirischer Forschung entsprachen so gar nicht meinen eigenen Erwartungen an die Wissenschaft, vermutlich entsprachen sie auch nicht meinem auf Klarheit, Eindeutigkeit, Ergebnisoffenheit und Beweisbarkeit angelegten Persönlichkeitsprofil. Schon früh hatte ich erkannt, dass ich das, was ich nicht klar formulieren kann, auch nicht klar erfasst haben kann. Kein Wunder, dass ich mich von der einfachen, schlichten, unprätentiösen Sprache eines Carnap oder Popper stärker angezogen fühlte als vom komplizierten und oft genug dunklen, nicht selten gewollt ambivalenten Sprachduktus von Adorno oder Habermas. Richtig stolz war ich, als ein von mir während des Ausnahmezustands des großen Bostoner Schneesturms vom Februar 1978 verfasster, in der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie publizierter Aufsatz über Thomas Kuhns Theorie wissenschaftlicher Revolutionen und ihre Anwendung auf die Sozialwissenschaften von Ernst Topitsch in die Neuauflage einer der wissenschaftstheoretischen Bibeln meiner Studentenzeit, den Sammelband

„Logik der Sozialwissenschaften“, aufgenommen wurde, wo er einen Beitrag von Seymour Martin Lipset verdrängte.<sup>7</sup>

Im ersten Teil der Habilitationsschrift beschäftigte ich mich in eher wissenschaftssoziologischer und wissenschaftshistorischer Perspektive mit dem Verlauf der wichtigen, die amerikanische Politikwissenschaft prägenden Auseinandersetzung der 50er und 60er Jahre über die richtige Art, Politikwissenschaft zu betreiben, entweder als moderne, interdisziplinär orientierte Erfahrungswissenschaft mit grundlagenwissenschaftlicher Orientierung oder als anwendungsbezogene, vor Werturteilen auch in Begründungszusammenhängen nicht zurückschreckende „realistische“ Institutionenkunde, eine Art politikwissenschaftlicher Gegenentwurf zur Staatslehre. Die Behavioristen, also die verhaltenswissenschaftlich orientierten Jungtürken, forderten eine Politikwissenschaft nach naturwissenschaftlichem Modell, eine Wissenschaft, die in grundlagenwissenschaftlicher Perspektive versuchen sollte, Gesetzmäßigkeiten des Politischen zu entdecken. Dabei solle sie nach strengen methodischen Kriterien vorgehen. Der zweite Teil der Habilitationsschrift befasste sich aus stärker methodologischem Blickwinkel mit den Möglichkeiten und Grenzen erfahrungswissenschaftlicher politikwissenschaftlicher Forschung, u.a. mit dem Werturteilsproblem in wissenschaftlichen Aussagenszusammenhängen. Er diente der systematischen Darstellung und Rekonstruktion der verschiedenen während der Behaviorismuskontroverse vertretenen Positionen und der Auseinandersetzung mit deren Argumenten.<sup>8</sup>

Auch hier spielte das Glück in Form des richtigen, aber eben doch unwillkürlich erfolgenden Timing eine nicht zu unterschätzende Rolle: Ohne Habilitation wäre ich höchstwahrscheinlich nicht 1982 auf einen Lehrstuhl für „Politikwissenschaft und Vergleichende Faschismusforschung“ an die Freie Universität Berlin berufen worden, übrigens gegen erhebliche, im Vorfeld auch in die Öffentlichkeit getragene Widerstände des Instituts, an das ich berufen wurde, das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, kurz ZI 6. So einen „bürgerlichen“, auch noch quantifizierenden Forscher, der Faschismusforschung nicht aus antifaschistischer Perspektive, sondern aus einem strikt erfahrungswissenschaftlich begründeten Erkenntnisideal heraus betreiben wollte, mochten viele nicht in den eigenen Reihen haben. Meine Lehrverpflichtung versah ich am Otto-Suhr-Institut, jenem Institut also, an dem ich 15 Jahre zuvor mein Diplom abgelegt hatte. Ans ZI 6 berufen zu werden, und nicht ans Otto-

---

<sup>7</sup> Die Behaviorismus-Kontroverse in der amerikanischen Politikwissenschaft. Ein Beispiel für die Übertragung von Thomas Kuhns Theorie wissenschaftlicher Revolutionen auf sozialwissenschaftliche Entwicklungsvorgänge, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, 10., veränd. Aufl., Königstein/Ts. 1980, S. 423-48. Ursprünglich erschienen in Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1 (1979), S. 1-24.

<sup>8</sup> Der ‚Positivismusstreit‘ in der amerikanischen Politikwissenschaft. Entstehung, Ablauf und Resultate der sogenannten Behaviorismus-Kontroverse in den Vereinigten Staaten 1945-1975, Westdeutscher Verlag, Opladen 1982.

Suhr-Institut direkt, war ein weiterer Glücksfall, da es sich beim ZI 6 um ein aus heutiger Perspektive glänzend ausgestattetes sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut innerhalb der Freien Universität handelte, mit einer vorzüglichen Bibliothek, mit Lehrstuhlmitarbeitern, die für Forschung freigestellt waren und nur nach Gusto lehren mussten bzw. durften. Und selbst die anfängliche Ablehnung durch die stark sozialdemokratisch und gewerkschaftlich orientierte Institutsspitze und -verwaltung hatte den Vorteil, dass ich mich nicht in die Ausläufer der allmählich abklingenden FU-internen hochschulpolitischen Auseinandersetzungen „einbringen“ musste, sondern mich zusammen mit meinen Mitarbeitern ganz meinen beiden großen Forschungsprojekten widmen konnte, die ich aus München mit nach Berlin gebracht hatte, dem Projekt „Weimarer Wahldaten“<sup>9</sup> und dem damit eng verbundenen Projekt über die Wähler der NSDAP in Deutschland und Österreich.

---

## NSDAP-Wähler und Weimarer Wahldaten

---

Mit diesen beiden Forschungsprojekten knüpfte ich an frühere Forschungsinteressen an. Schon das erste, dann nicht realisierte Thema meiner Dissertation, Rechtsextremismus unter der deutschen Landbevölkerung, sollte neben einer gegenwartsbezogenen eine starke historische Komponente haben. Dessen ungeachtet lässt sich das Ausgangsdatum klar festmachen: Die Initialzündung beider Projekte erfolgte Anfang 1978 mit einer Einladung der Historischen Kommission zu Berlin, an einer von Otto Büsch organisierten Tagung über „Wählerbewegung in der europäischen Geschichte“ als Referent teilzunehmen. Die Wahl des Themas war mir freigestellt. Zu dieser Zeit war ich Kennedy Scholar an der Harvard University, wo ich immer wieder (und stärker als an jeder anderen amerikanischen Universität, an der ich mich früher oder danach aufgehalten habe) mit der deutschen Vergangenheit, und hier natürlich vor allem auch mit der Frage, wie es zum Dritten Reich kommen konnte, konfrontiert worden war. Vor diesem Hintergrund entschloss ich mich, etwas über die Entstehungs- und Durchsetzungsbedingungen von politischem Extremismus am Beispiel des NSDAP-Aufstiegs vorzutragen. Die Verbindung dieser Fragestellung mit meinen Forschungen zum modernen Wählerverhalten führte zu der Entscheidung, auf dieser Konferenz, die kurz nach meiner Rückkehr aus den USA in Berlin stattfand, über den Stand der Forschung zur NSDAP-Wählerschaft zu sprechen.

---

<sup>9</sup> Verfügbar im Datenarchiv von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Falter, Jürgen W.; Lindenberg, Thomas; Schumann, Siegfried (2009): Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, 1919–1933. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA8351 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.8351.

Wie die meisten Wissenschaftler der damaligen Zeit, die Interesse an dem Thema „Wer wählte die NSDAP?“ hatten, ohne sich damit ausführlich zu beschäftigen, war ich intuitiv ein Anhänger der Mittelstandsthese Geigers und Lipsets, die damals – stärker als heute – die historische Diskussion dominierte.<sup>10</sup> Umso größer war dann meine Verblüffung, als ich nach Lektüre der wichtigsten empirischen Studien zum Thema „Massenbasis des Nationalsozialismus“ (allzu viele gab es damals gar nicht) feststellen musste, dass die Mittel-Mittelstandsthese wissenschaftlich keineswegs so gut abgesichert war, wie man oftmals glaubte. Gravierende Methoden- und Datenprobleme der einschlägigen Untersuchungen machten eine Entscheidung darüber, ob denn nun tatsächlich die NSDAP vor allem von radikalisierten Mittelschichtwählern unterstützt worden war, unmöglich.<sup>11</sup> Dass sich dennoch im historischen Schrifttum über den Nationalsozialismus eine Art Konsens herausbilden konnte, demzufolge die NSDAP weit überwiegend, wenn nicht sogar fast ausschließlich eine Mittelschichtbewegung darstellte, war vermutlich auf die bei vielen Geschichts- und Sozialwissenschaftlern verbreitete Praxis zurückzuführen, eine Sache dann als ausdiskutiert anzusehen, wenn genügend Fachautoritäten eine Art Übereinkunft über das Thema erzielt hatten. Natürlich kann nicht jeder Historiker ein wahlgeschichtlicher Spezialist sein; auch ist es unumgänglich, sich außerhalb seines engeren Fachgebietes auf die Forschungsergebnisse anderer zu verlassen. Ich hatte aber den Eindruck, dass die Rezeption und Tradierung der Untersuchungsergebnisse zur Massenbasis der NSDAP vor 1933 recht unkritisch erfolgt war. Viele an der Weimarer Republik und dem Aufstieg des Nationalsozialismus interessierte Historiker und Sozialwissenschaftler schienen damals unbewusst eher einem Konsens- als einem Korrespondenzbegriff der Wahrheit anzuhängen.

Dass angesichts der relativ dürftigen Beweislage dieser Konsens nicht früher in Frage gestellt wurde, könnte durch eine gewisse Statistik- und EDV-Ferne einschlägig interessierter Historiker und durch anders gelagerte, stärker gegenwartsbezogene Erkenntnisinteressen bei methodisch einschlägig arbeitenden Sozialwissenschaftlern zu erklären sein. Nur bei wenigen Forschern traf beides zusammen: Vertrautheit mit dem sozialwissenschaftlich-statistischen Handwerkszeug und historisches Interesse am Gegenstand. Das traf in erster Linie

---

<sup>10</sup> Die nachfolgenden Ausführungen über das NSDAP-Wählerprojekt stützen sich bis in wörtliche Übernahmen auf meinen 1990 publizierten Bericht: „Arbeiter haben erheblich häufiger, Angestellte dagegen sehr viel seltener NSDAP gewählt als wir lange Zeit angenommen haben. Ein Rückblick auf das Projekt „Die Wähler der NSDAP 1928–1933“, in: *Geschichte und Gesellschaft* 16 (1990), S. 536–52.

<sup>11</sup> Darüber handelt mein Beitrag in diesem Sonderband „Wählerbewegungen zur NSDAP 1924–1933. Methodische Probleme – empirisch abgesicherte Erkenntnisse – offene Fragen“, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 25), Colloquium Verlag, Berlin 1980, S. 159–202, Reprint in this HSR Supplement.

auf eine Reihe amerikanischer Dissertationen zu. Deren Resultate aber waren, von Ausnahmen abgesehen, damals unveröffentlicht, ja, in einzelnen Fällen sogar unzugänglich.

In der Summe erbrachte die methodologische Analyse des Schrifttums, dass es sich beim Lehrbuchwissen über die nationalsozialistische Wählerschaft um einen typischen Fall wissenschaftlicher „Folklore“ handelte, also eine Mischung aus teils richtigen, teils falschen Annahmen, die überwiegend auf Konsensbildung und nur im Ausnahmefall auf empirisch stringenter Beweisführung beruhten.<sup>12</sup> Plausibel erscheinende Resultate wurden akzeptiert, unplausibel anmutende zurückgewiesen. Das stellt sicherlich den Normalfall historischer Forschung dar, erlangte aber hier eine besondere, erkenntnishindernde Qualität, da über die Plausibilität einer Annahme häufig nicht aufgrund einschlägiger Prüfverfahren, sondern historisch-politischer Vorurteile entschieden wurde. Dieses Verdikt gilt nicht nur für die meisten historischen Rekonstruktionsversuche der NSDAP-Gefolgschaft, sondern auch für die sozialwissenschaftlichen Theorien zu diesem Thema, d.h. für die Geiger-Lipsetsche Klassenhypothese und die Arendt-Bendix-Kornhausersche Massenhypothese.<sup>13</sup> Es handelte sich mit anderen Worten um eine gravierende historische Forschungslücke, die zu einer präzisierenden Ausfüllung geradezu einlud.

Nach einer relativ knappen, etwa zwei Jahre dauernden Rezeptions- und Vorbereitungsphase für die Beantragung von zwei miteinander verwandten, aber nicht identischen Forschungsprojekten: des eigentlichen NSDAP-Projekts bei der Stiftung Volkswagenwerk, das vor allem der Analyse der NSDAP-Wählerschaft in Deutschland und Österreich gewidmet sein sollte, und eines weiteren, der Datensammlung dienenden Projekts bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, hatte ich das Glück, dass beide Projekte gefördert wurden. Da diese Projekte sich gut ergänzten und die erarbeiteten Resultate auf den Datensätzen beider Projekte beruhen, beziehen sich die folgenden Ausführungen auch auf diese beiden Forschungsvorhaben, die mich zusammengenommen viele Jahre beschäftigten. Beide wurden mit einer Laufzeit von jeweils drei Jahren und einer erheblichen Ausstattung an wissenschaftlichem und studentischem Personal genehmigt. Das Finanzvolumen dieser zwei Projekte betrug

---

<sup>12</sup> Vgl. meinen Aufsatz „Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neuere Forschungsergebnisse zum parteipolitischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 28-29 (1979), S. 3-21.

<sup>13</sup> Vgl. dazu meinen Aufsatz „Radicalization of the Middle Classes or Mobilization of the Unpolitical? The Theories of Seymour Martin Lipset and Reinhard Bendix on the Electoral Support of the NSDAP in the Light of Recent Research“, in: *Social Science Information* 2 (1981), S. 389-430. (Deutsch: Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse, in: Peter Steinbach (Hrsg.), *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß*, Klett-Cotta, Stuttgart 1982, S. 438-69).

zusammengenommen zunächst über eine halbe, am Ende, nach einigen Verlängerungszuschlägen, sogar fast eine Million DM, sehr viel Geld für historisch-sozialwissenschaftliche Forschung, nicht nur in der damaligen Zeit.

Neben den unvermeidlichen personellen Friktionen und organisatorischen Problemen zeichneten sich die Anfangsjahre beider Projekte durch einige Glücksumstände aus (auch hier schon wieder der Faktor Glück!), durch welche die Projektarbeit zunächst außerordentlich gefördert wurde. Meine damalige Hochschule, die Universität der Bundeswehr in München, brachte ungemein viel Verständnis und Unterstützung für die Projektarbeit auf. Auch ist die in München sehr effizient verlaufende verwaltungsmäßige und finanzielle Betreuung beider Projekte hervorzuheben, wodurch ich von jenen projektbedingten Verwaltungstätigkeiten entlastet wurde, die dem Drittmittelempfänger das Leben sonst so sauer machen. Hinzu kam ein vorzüglich funktionierendes Universitätsrechenzentrum. Ein ganz besonderer Glücksfall aber war, dass es gelang, für beide Projekte wissenschaftlich hoch qualifizierte und engagierte Mitarbeiter zu finden.<sup>14</sup>

Es stellten sich gleichwohl unerwartete Schwierigkeiten ein: Im Falle des von der DFG geförderten Datensamlungsprojektes gab es keine oder nur sehr eingeschränkte Zugangsmöglichkeiten zu polnischen und DDR-Archiven. Briefe mit dem Kopf der Hochschule der Bundeswehr wurden entweder gar nicht beantwortet (was der Normalfall war) oder es wurde eine Antwort (!) erst nach Zahlung einer bestimmten Geldsumme (für die wir keinen Projektittel beantragt hatten) in Aussicht gestellt. Hinzu kamen erheblich Überlieferungslücken, was eine grundlegende Umstellung des gesamten Forschungsdesigns nötig machte. Ursprünglich wollten wir anhand einer jeden fünften Kreis des Reiches umfassende Stichprobe für jeweils alle Gemeinden dieser Kreise sämtliche Reichstagswahlergebnisse der Weimarer Republik und die wichtigsten verfügbaren Sozialdaten in EDV-lesbarer Form erheben. Dies erwies sich jedoch als undurchführbar, so dass wir unseren Erhebungsplan nach etwa einem Jahr auf eine Erfassung aller in der Statistik des Deutschen Reiches mit Wahlergebnissen ausgewiesener Gemeinden über 2000 Einwohnern umstellen mussten. Für die Gemeinden unter 2000 Einwohnern, deren Wahlergebnisse weder von der Statistik des Deutschen Reiches noch flächendeckend in anderen Quellen ausgewiesen sind, bildeten wir so genannte synthetische Restgemeinden, die das durchschnittliche Wahlergebnis aller Kleingemeinden unter 2000 Einwohnern für jeden Kreis repräsentierten. Dies ließ sich für alle Reichstagswahlen mit Ausnahme der beiden Wahlen von 1932 durchführen. Außerdem konnten wichtige Sozialdaten zur beruflichen Zusammensetzung der einzelnen Gemeinden, der Wirtschaftsabteilungen, der Konfession, der Wohnungsgröße usw. in maschinenlesbarer Form aufgenommen werden. Dieser Datensatz wur-

---

<sup>14</sup> Hierzu zählten auf der Ebene der Wissenschaftlichen Mitarbeiter u.a. Jan-Bernd Lohmöller, Andreas Link, Johan de Rijke, Siegfried Schumann und Wolf D. Gruner.

de dann bald in fehlerkorrigierter und dokumentierter Fassung über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Zusätzlich gelang es uns für die Länder Baden und Hessen die Wahlergebnisse (und wiederum einige wichtige soziale Merkmale) *aller* Gemeinden zwischen der Reichspräsidentenwahl 1925 und der Novemberwahl 1932 bzw. der Märzwahl 1933 zu erfassen.

Die Schwierigkeiten im VW-Projekt, das ja primär der inhaltlichen Analyse gewidmet sein sollte, waren zunächst ganz ähnlicher Natur: Der vom Inter-University Consortium for Political and Social Research (ICPSR) in Ann Arbor, Michigan, vertriebene Datensatz mit Weimarer Wahldaten, auf den wir unsere Analyse ursprünglich stützen wollten, erwies sich in der vorliegenden Form als unzureichend. Neben gravierenden numerischen Ungenauigkeiten waren es vor allen Dingen fehlende Fälle, Doppelaufnahmen, inkonsistente Fallstrukturen und Ähnliches mehr, die es nicht ratsam erscheinen ließen, mit diesem Datensatz ohne grundlegende Korrekturen zu arbeiten. Es erwies sich als nötig, den gesamten Datensatz Zahl für Zahl durchzusehen, wo möglich zu korrigieren, neue Fälle einzufügen, andere zu streichen, wieder andere miteinander zu verschmelzen usw. Schon diese reinen Korrekturarbeiten nahmen sehr viel mehr Zeit in Anspruch als wir erwartet hatten. Untersuchungen, die auf der alten, unkorrigierten, trotz unserer Warnung anscheinend noch lange vertriebenen ICPSR-Version des Datensatzes basieren, ist daher mit einem gewissen Misstrauen zu begegnen.<sup>15</sup>

Als zwar grundsätzlich lösbar, aber von der Größenordnung der Probleme her unerwartet und zeitraubend erwies sich die mangelnde längsschnittliche Stabilität der Daten, eine Folge einer Vielzahl von Verwaltungsgrenzänderungen auf Gemeinde- und Landkreisebene. Zwischen 1920 und 1933 wurden viele neue Kreise geschaffen, noch mehr alte wurden aufgelöst, ganze Gemeinden, manchmal aber auch nur Teile von Gemeinden von einem Kreis zum anderen verlagert, wurden Land- und Stadtkreise miteinander verschmolzen, in Einzelfällen aber auch aufgeteilt, und dies alles wurde zu allem Überfluss auch noch weder vollständig noch einheitlich dokumentiert. Erst der Zufallsfund einer hektographierten, aber ebenfalls weder vollständigen noch völlig fehlerfreien Auflistung des Statistischen Reichsamtes über Grenzänderungen zwischen den Kreisen half hier weiter. Durch den Vergleich von Verwaltungskarten verschiedener Zeitpunkte, von fortgeschriebenen Einwohner- und Wahlberechtigtenzahlen usw. konnten weitere Lücken geschlossen werden. Am Ende dieses fast zwei Jahre dauernden Prozesses stand ein Datensatz (der so genannte Kreisdatensatz) mit 865 zwischen 1928 und 1933 (bzw. 831 zwischen 1920

---

<sup>15</sup> Minor and Major Flaws of a Widely Used Data Set: The ICPSR „German Weimar Republik Data 1919-1933“ under Scrutiny, in: *Historical Social Research* 6 (1981) 4, S. 4-26 (gemeinsam mit Wolf D. Gruner).

und 1933) stabilen Kreiseinheiten, unseren so genannten diachronisch aggregierten Kreiseinheiten (DAKEs). Diese ermöglichen es nicht nur, beispielsweise Wahlergebnisse der Reichspräsidentenwahl 1925 mit den Resultaten der Präsidentenwahl von 1932 in Beziehung zu setzen,<sup>16</sup> sondern auch Ergebnisse etwa der Reichstagswahl 1930 mit den Volks-, Betriebs- oder Berufszählungen von 1925 und 1933 zu verbinden, um auf diese Weise Auskünfte über die sozialen, ökonomischen und parteipolitischen Korrelate der NSDAP-Wahlerfolge zu erhalten.

Es gab aber auch Schwierigkeiten, die bei genügender Voraussicht vermeidbar gewesen wären: Da anfangs unser Interesse nur auf die NSDAP-Wahlerfolge zwischen 1928 und 1933 gerichtet war, fassten wir relativ früh die an sich willkürliche Entscheidung, die Fallstruktur der Reichstagswahl von 1928 als Basis unseres diachronisch aggregierten Datensatzes zu nehmen und alle Kreiseinheiten daraufhin anzupassen. Nachdem sich jedoch sehr bald unser Interesse auch auf die davorliegenden Wahlen ausdehnte, ohne die die Vorgänge nach 1928 nur schwer zu verstehen sind, mussten wir gewissermaßen nach beiden Seiten auf die Fallstruktur der Reichstagswahl 1928 hinarbeiten, was sich im Nachhinein, nun aber nicht mehr korrigierbar, als nicht sehr glücklich erwies. Zwar weist der Datensatz deshalb keine Fehler auf; manches Problem jedoch hätte sich wesentlich eleganter lösen lassen, wenn wir entweder von der Fallstruktur von 1933 oder der Struktur von 1920 ausgegangen wären und uns dann schrittweise historisch nach vorne bzw. nach hinten bewegt hätten, um die Grenzreformen in den Datensatz einzuarbeiten.

Anfangs hantierten wir im Rahmen der Grenzanpassungen nach mehreren, konkurrierenden Entscheidungsregeln, anhand derer wir Kreise miteinander verschmolzen, sofern sich dies als notwendig erwies. Es handelte sich hierbei um eine 2%-, 5%- und 10%-Regel, der zufolge Kreise miteinander zu vereinen waren, wenn mindestens zwei oder fünf oder zehn Prozent der Wohnbevölkerung aufgrund einer Verwaltungsreform „verschoben“ wurden. Schnell jedoch zeigte sich, dass die substantiellen Analyseergebnisse von dieser Regel in keiner Weise betroffen wurden, so dass wir uns am Ende für die Anwendung der 10%-Regel entschieden, die es ermöglichte, deutlich mehr Fälle übrig zu behalten, als das bei den strengeren 2%- und 5%-Regeln möglich gewesen wäre. Einige Anpassungen wurden von uns „händisch“ vorgenommen, um nicht historisch gewachsene Strukturen zu zerreißen oder soziokulturell disparate Gebiete zusammenzubringen. Dies erwies sich vor allem im Rhein-Main-Gebiet und im Ruhrgebiet als notwendig. Im Gemeindedatensatz wurde keine derartige problematische Ausgangsentscheidung gefällt, da dieser immer schon auf die gesamte Weimarer Zeit bezogen sein sollte. Dass die vom Forschungs-

---

<sup>16</sup> Siehe dazu den in diesem Heft abgedruckten Beitrag „The Two Hindenburg Elections of 1925 and 1932: A Total Reversion of Voter Coalitions“, in: *Central European History* 1990, Heft 23, S. 225–41, Reprint in this HSR Supplement.

prozess nicht völlig begründbare Entscheidung, dem Kreisdatensatz die Fallstruktur von 1928 zugrunde zu legen, ohne gravierende Konsequenzen geblieben ist, beweist der Vergleich von Analyseergebnissen, die konkurrierend sowohl anhand des Gemeinde- als auch anhand des Kreisdatensatzes gewonnen wurden: Mögliche Differenzen bei Korrelationskoeffizienten, Mittelwerten usw. wirken sich immer erst ab der zweiten oder dritten Stelle hinter dem Komma aus, sind also ohne jegliche inhaltliche Relevanz.

Während ein Teil der Projektmitarbeiter mit den Gebietsanpassungen befasst war, beschäftigte sich ein anderer mit der weiteren Datenaufnahme und stärker statistisch-methodologischen Problemen. Der ICPSR-Datensatz enthielt ursprünglich nur relativ wenige Sozialvariablen, in erster Linie Beruf, Wirtschaftsabteilung, Konfession und Urbanisierung. Eine ganze Reihe von Datenerfinden, teilweise an recht entlegenen Stellen, führte aber zu einer permanenten Erweiterung der im Datensatz enthaltenen Gebietsmerkmale. So wurden beispielsweise viele Daten aus der Betriebszählung 1933, der landwirtschaftlichen Zählung des gleichen Jahres, der Volkszählungen 1925 und 1933 (zum Beispiel Arbeitslosigkeit, Berufe nach Wirtschaftsabteilung), dann aber auch zunehmend der Steuerstatistik (inklusive der Verschuldung in Landwirtschaft und Gewerbe), der Arbeitslosenstatistik für verschiedene Empfängergruppen und Zeitpunkte, der Kirchgangs- und Osterkommunionsstatistik der katholischen Kirche usw. aufgenommen. Inzwischen enthält der aus dem VW-Projekt erwachsene Kreisdatensatz in seiner umfangreichsten Form mehr als 700 verschiedene Merkmale, darunter alle verfügbaren Ergebnisse der Wahlen zum Reichstag, zum Reichspräsidenten, der Volksbegehren und Volksentscheide, zahlreiche Informationen aus den Volks-, Berufs- und Betriebszählungen von 1925 und 1933 über die demographische, berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung, Angaben zur Gewerbestruktur, ferner zur Lohn-, Einkommens-, Umsatz- und Körperschaftsteuer der einzelnen Kreise, Angaben über die Einheitswerte und die Verschuldung der bäuerlichen und gewerblichen Betriebe, Daten zur Arbeitslosigkeit in den Kreisen bzw. Arbeitsamtsbezirken zwischen Dezember 1931 und September 1933, zur Mechanisierung der Landwirtschaft, zum Kraftfahrzeugbestand und anderes mehr. Das ermöglicht eine Vielzahl von weiterführenden Analysen, deren Erkenntnispotential beträchtlich über den ursprünglichen Zweck des Projekts, nämlich die Erforschung der NSDAP-Wählerschaft, hinausgeht. So lassen sich beispielsweise nicht nur die – bisher kaum untersuchten – Wahlerfolge anderer Parteien als der NSDAP analysieren, sondern auch hoch interessante wirtschafts- und sozialhistorische Untersuchungen durchführen, deren abhängige Variable, also das zu erklärende Merkmal, nicht das politische Verhalten oder ein bestimmtes Wahlergebnis ist, sondern beispielsweise die Gleichheit oder Ungleichheit von Lebensbedingungen, von Einkommen, Steuerbelastungen, Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit, Verschuldung, Zwangsversteigerungen usw.

Bei der Aufnahme dieser zusätzlichen Merkmale traten (natürlich!) weitere Probleme auf. Gerade einige der theoretisch interessantesten Merkmale wurden von der offiziellen oder halboffiziellen Statistik der Weimarer Republik nicht auf Kreis- oder Gemeindeebene, sondern nur auf der Ebene anderer Verwaltungseinheiten wie der Arbeitsämter, der Finanzämter oder der katholischen und evangelischen Dekanate ausgewiesen. Dadurch entstanden – teilweise verschärft – die gleichen Anpassungsprobleme wie bei der Bildung der diachronisch aggregierten Kreiseinheiten, was wiederum in einem ebenso mühsamen und langwierigen Prozess wie bei diesen gelöst werden musste. Erst bei der territorialen Anpassung der Kirchgangs- und Osterkommunionsdaten auf Dekanatsstufe streckten wir die Waffen. Bei allen Daten wurden selbstverständlich die üblichen formalen Korrekturverfahren, also Summenprüfungen, Kompatibilitätsüberprüfungen mit anderen, gleichzeitig erhobenen Dateien hinsichtlich der Einwohner- oder Wahlberechtigtenzahl, inhaltliche Plausibilitätsüberprüfungen usw. durchgeführt.

Dies liest sich trotz der geschilderten Schwierigkeiten immer noch sehr viel glatter und problemloser, als die Projektrealität aussah. Die vielen Frustrationen, wenn schon wieder irgendwo ein Fehler auftauchte, eine Anpassung nicht gelingen wollte, wenn die Grenzen eines Arbeitsamts- oder Finanzamtsbezirks partout nicht mit den sie zwar schneidenden, aber leider nicht voll umfassenden politischen Stadt- und Landkreisen in Deckung zu bringen waren, gehören ebenso zur Projektgeschichte (vermutlich jedes ähnlich gelagerten Projektes) wie die Hochstimmung, wenn wieder einmal ein zunächst geradezu sensationell anmutender Datenfund geglückt sein mochte. Dies war beispielsweise der Fall, als wir ausführliche Arbeitslosigkeitsdaten nicht nur für die Ebene der Städte, die ja schon bekannt waren, sondern auch – flächendeckend – für die Ebene der Arbeitsämter des Deutschen Reiches aufspürten; die aufgenommenen Daten beziehen sich aufgrund dieses Fundes nicht nur auf die Arbeitslosen insgesamt, sondern auch auf die verschiedenen Typen von Arbeitslosigkeit, also die Hauptunterstützungsempfänger, die Krisenfürsorgeempfänger und die sogenannten Wohlfahrtserwerbslosen. Ohne solche periodisch wiederkehrenden Erfolgserlebnisse wäre vermutlich ein Projekt dieser Größenordnung und Schwierigkeit mental kaum durchzustehen gewesen. Dass das Forschungsprojekt schließlich doch dreimal länger dauern sollte als ursprünglich veranschlagt, war nicht allein auf diese Schwierigkeiten zurückzuführen, sondern auch auf Probleme, die sich aus der Verlagerung des Projektes von der Hochschule der Bundeswehr München an die Freie Universität Berlin im Jahre 1983 ergaben. Dass nach Auslaufen der finanziellen Förderung durch die Stiftung Volkswagenwerk das Projekt dennoch längere Zeit weiter betrieben werden konnte, lag andererseits nicht zuletzt an der günstigen personellen Ausstattung meines Lehrstuhls am erwähnten ZI 6.

---

## Resultate und Erkenntnisse des NSDAP-Wählerprojekts

---

Selbstverständlich war es das Ziel beider Projekte, inhaltliche Analyse nicht nur zu ermöglichen, sondern auch selbst durchzuführen. Deshalb liegen nicht nur diverse Datensätze, sondern auch vielfältige substantielle Resultate vor. Dennoch ist es durchaus möglich, dass die größere Langzeitwirkung beider Projekte von den Datensätzen ausgehen wird, die der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden sind und von denen einige über das Datenarchiv von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften zur Verfügung stehen. Es handelt sich hierbei nicht nur um die beiden großen, flächendeckenden Datensätze, von denen bereits die Rede war, also den Wahl- und Sozialdatensatz auf Gemeindeebene und den Kreisdatensatz (beides wie gesagt in längsschnittlich stabiler oder teilstabiler Form), sondern auch um eine ganze Reihe kleinerer, entweder regional oder lokal begrenzter Datensätze, die zu Spezialuntersuchung geradezu einladen. Zu nennen sind hier vor allem:

- ein Regionaldatensatz für Baden<sup>17</sup> und Hessen<sup>18</sup>, der zwischen 1925 und 1932/33 auf der Ebene sämtlicher Gemeinden, auch der kleinsten, die Resultate aller wichtigen Wahlen sowie einige Sozialmerkmale enthält;
- ferner ein Datensatz mit Arbeitslosigkeitsdaten zwischen Ende 1930 und Mitte 1933 auf der Ebene der größeren Gemeinden und Städte des Deutschen Reiches (er ist in den so genannten Gemeindedatensatz<sup>19</sup> eingearbeitet);
- weiter ein Datensatz, der die letzten Wahlen des Kaiserreiches mit den ersten Wahlen der Weimarer Republik verbindet (was in erster Linie wieder ein Anpassungsproblem beinhaltet, da hierzu die Wahlkreise des Kaiserreichs auf die politischen Kreise der Weimarer Republik umgerechnet werden mussten);
- schließlich ein Spezialdatensatz auf Kreisebene, der zum Zwecke der computergesteuerten Kartenherstellung vor allem geographische Informationen über Kreisgrenzen und deren Veränderungen enthält; mit seiner Hilfe lassen

---

<sup>17</sup> Verfügbar im Datenarchiv von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Falter, Jürgen W.; Hänisch, Dirk (o.J.): Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus Wahl- und Sozialdaten der Gemeinden Badens in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA8116 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.8116.

<sup>18</sup> Verfügbar im Datenarchiv von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Falter, Jürgen W.; Hänisch, Dirk (o.J.): Wählerbewegungen zum Nationalsozialismus Wahl- und Sozialdaten der Gemeinden Hessens in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA8117 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.8117.

<sup>19</sup> Verfügbar im Datenarchiv von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften: Falter, Jürgen W.; Hänisch, Dirk (1990): Wahl- und Sozialdaten der Kreise und Gemeinden des Deutschen Reiches von 1920 bis 1933. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA8013 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.8013.

- sich auf Kreis- und Regierungsbezirks- bzw. Wahlkreisebene Karten sowohl für die Weimarer Republik als auch für das Kaiserreich herstellen;
- endlich eine Reihe von lokalen Datensätzen sowie
  - mehrere große Datensätze mit österreichischen Wahlergebnissen und Sozialmerkmalen auf Gemeindeebene, Gerichtsbezirks- und politischer Bezirksebene aus den letzten Jahren der Ersten Republik, die von Dirk Hänisch erstellt und analysiert wurden.

Nachdem die ersten Korrekturen durchgeführt und die geographischen Anpassungen erledigt waren, begannen wir, noch in der Münchner Zeit, also den frühen 80er Jahren, mit inhaltlichen Analysen. Diese haben sich in mehr als 50 Aufsätzen in Zeitschriften und Sammelwerken und zwei, nein drei gewichtigen Büchern niedergeschlagen.<sup>20</sup> Eines der ersten überraschenden Ergebnisse war die Berechnung eines wesentlich höheren Arbeiteranteils unter den NSDAP-Wählern als bislang unterstellt worden war.<sup>21</sup> Trotz intensiver statistischer Überprüfung blieb das schon sehr früh berechnete Resultat (eine erste Publikation in der Frankfurter Rundschau stammt aus dem Jahre 1982) praktisch unverändert: Der Arbeiteranteil ist unseren Ergebnissen nach innerhalb der Wählerschaft der NSDAP in etwa so hoch wie unter den Neumitgliedern der Partei bis 1932, nämlich an die 40%. Dieses Resultat impliziert andererseits einen deutlich niedrigeren Mittelschichtanteil an der NSDAP-Wählerschaft, als immer vermutet worden war.

Bereits früh während des Projektverlaufs konnten wir der wissenschaftlichen Öffentlichkeit ein weiteres zentrales Resultat der Untersuchung vorstellen: die Erkenntnis, dass zwischen dem Anteil der Arbeitslosen und den NSDAP-Wahlerfolgen sowohl auf Kreis- als auch auf Gemeindeebene ein negativer Zusammenhang besteht, dass die NSDAP also dort deutlich höhere Wahlergebnisse verzeichnen konnte, wo weniger Arbeitslose lebten und umgekehrt. Dieses Ergebnis kam für uns so unerwartet, dass wir in vielfachen Replikationsversuchen uns gewissermaßen selbst (vergeblich) zu widerlegen versuchten, ehe wir damit an die Öffentlichkeit traten. Auf der mit dem Verfahren der ökologischen Regression geschätzten individuellen Verhaltensebene konnten wir ermitteln, dass arbeitslose Arbeiter vermutlich weit unterdurchschnittlich, arbeitslose Angestellte hingegen leicht überdurchschnittlich NSDAP gewählt haben. Die typische Arbeitslosenpartei war ganz eindeutig die KPD, nicht die NSDAP. Diese konnte zwar von der Arbeitslosigkeit durchaus profi-

---

<sup>20</sup> Vgl. Hitlers Wähler, C. H. Beck, München 1991; ferner: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, C. H. Beck, München, 1986 (gemeinsam mit Siegfried Schumann und Thomas Lindenberger); Dirk Hänisch, Die österreichischen NSDAP-Wähler, Böhlau, Wien 1998.

<sup>21</sup> Vgl. die in diesem Band abgedruckte Analyse „Die Anfälligkeit von Arbeitern gegenüber dem Nationalsozialismus bei den Reichstagswahlen 1928-1933“, in: Archiv für Sozialgeschichte 2 (1986) 2, S. 179-216 (gemeinsam mit Dirk Hänisch), Reprint in this HSR Supplement.

tieren, jedoch eher in einem indirekten Sinne, indem von der Wirtschaftskrise verunsicherte Wähler sich ihr in zunehmendem Maße zuwandten, ohne selbst von der Arbeitslosigkeit direkt betroffen zu sein.<sup>22</sup>

Ein ähnlich unerwartetes Resultat ist die höchstwahrscheinlich unterdurchschnittliche, bestenfalls jedoch durchschnittliche Anfälligkeit von Angestellten gegenüber der NSDAP. Generell lässt sich nachweisen, dass sich der in der Literatur häufig unterstellte positive Zusammenhang zwischen Angestellten- und NSDAP-Anteil anhand unserer Daten nicht belegen lässt. Dagegen besteht eine positive statistische Beziehung zwischen dem Anteil der Beamten und den nationalsozialistischen Wahlerfolgen. Diese Resultate modifizieren den Forschungsstand beträchtlich. Das wiederum hat Konsequenzen für diejenigen theoretischen Versuche, die eine unterstellte, stark überdurchschnittliche NSDAP-Affinität von Angestellten mittels sozialpsychologischer oder sozialhistorischer Kategorien zu erklären versuchen. Wo das zu erklärende Faktum nicht vorliegt, hilft natürlich auch die eleganteste Theorie nicht weiter.<sup>23</sup>

Ebenfalls neu ist der Nachweis, dass sich die NSDAP parteipolitisch aus erheblich mehr Quellen speiste, als bisher im Schrifttum unterstellt worden war. Lediglich die beiden katholischen Gruppierungen Zentrum und BVP und die KPD erwiesen sich als einigermaßen immun. Dies ist vielleicht nicht allzu überraschend; dass jedoch keineswegs nur das bürgerliche Parteienlager und das Nichtwählerlager, sondern auch vermutlich die SPD in durchaus nennenswertem Maße Stimmen an die Nationalsozialisten abgeben mussten, überraschte schon eher. Ob es überdies vor allem Jungwähler waren, die für die NSDAP stimmten, wie von manchen gemutmaßt wurde, wird wohl auf Dauer unbeantwortet bleiben, da zur Überprüfung dieser Hypothese die nötigen Daten fehlen. Natürlich gab es überall Jungwähler; die Schwankung des Jungwähleranteils zwischen den Kreisen aber ist so gering, dass sich sichere Aussagen über das Jungwählerverhalten kaum treffen lassen. Denn was die historische Wahlforschung benötigt, ist Variation nicht nur der abhängigen, sondern auch der unabhängigen Variablen, anders lassen sich statistische Beziehungen nicht ermitteln. Allerdings deutet ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen dem NSDAP-Wählerwachstum und dem sogenannten Berufslosenanteil, also dem Prozentsatz vor allem der Rentner und Pensionäre, darauf hin, dass sich gerade auch ältere Wähler der neuen Bewegung angeschlossen haben.

---

<sup>22</sup> Siehe dazu den in diesem Heft abgedruckten Beitrag „Arbeitslosigkeit und Nationalsozialismus. Eine empirische Analyse des Beitrags der Massenerwerbslosigkeit zu den Wahlerfolgen der NSDAP 1932 und 1933“, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 3 (1983), S. 525-54 (gemeinsam mit Jan-Bernd Lohmöller, Johann de Rijke, Andreas Link und Siegfried Schumann), Reprint in this HSR Supplement.

<sup>23</sup> Siehe dazu den in dieser Ausgabe abgedruckten Beitrag „Anfälligkeit der Angestellten – Immunität der Arbeiter? Legenden über die Wähler der NSDAP“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Im Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Propyläen, Berlin 1990, S. 265-90, Reprint in this HSR Supplement.

Soweit einige inhaltliche Ergebnisse des Projektes, die sich etwa durch den Befund ergänzen ließen, dass sich zwischen dem Deutschen Reich und der ersten österreichischen Republik hinsichtlich des Aufstiegs der NSDAP bei Wahlen so gut wie keine Unterschiede ergeben, wenn man Wahlgebiete ähnlicher sozialer und konfessioneller Struktur miteinander vergleicht. In Österreich vollzog sich mit einer knapp zweijährigen Verspätung ein ganz ähnlicher, ja nahezu identischer Prozess wie im Reich. So erwiesen sich die gleichen mentalen und organisatorischen Barrieren, vor allem der politische Katholizismus und das sozialistische Arbeitermilieu, als aufstiegshemmend und ganz ähnliche Gegebenheiten wie im Reich als aufstiegsfördernd. Es kann deshalb davon ausgegangen werden, dass in Österreich im Jahre 1934 eine analoge Entwicklung wie in den gleich strukturierten Gebieten des Reiches zwei Jahre zuvor stattgefunden hätte, wenn nicht die NSDAP verboten und die turnusmäßigen Nationalratswahlen ausgesetzt worden wären.<sup>24</sup>

Ebenfalls hervorgehoben gehört der methodische Ertrag des Projekts. Neben der Entwicklung bestimmter „benutzerfreundlicher“ Darstellungsweisen, etwa des so genannten Kontrastgruppenvergleichs, mit dessen Hilfe sich die Überlagerung bzw. Überkreuzung verschiedener Einflussfaktoren des Wählerverhaltens auch für den statistischen Laien sehr plausibel darstellen lassen, handelt es sich dabei vor allem um eine Weiterentwicklung der sogenannten ökologischen Regressionsanalyse. Hierbei geht es um ein Verfahren, mit dessen Hilfe sich aus Aggregatbeziehungen, also zum Beispiel dem statistischen Zusammenhang zwischen dem Anteil der NSDAP-Wähler und dem Katholiken-Anteil auf Kreis- oder Gemeindeebene, unter bestimmten Umständen die dahinter stehenden individuellen Zusammenhänge, d.h. das Wahlverhalten der Katholiken und Protestanten, schätzen lassen. Das Verfahren der ökologischen Regression ermöglicht beispielsweise Aussagen darüber, wie stark Arbeiter oder Bauern die NSDAP gewählt haben. Die Erweiterung des Verfahrens besteht in der Einbeziehung von sogenannten Produktvariablen, mit denen Merkmale, durch welche die von der ökologischen Regression geforderte Linearität der Beziehungen eventuell gestört werden könnte, statistisch kontrolliert werden sollen.<sup>25</sup> Gewissermaßen als Nebenprodukt unserer methodologischen Bemühungen entdeckten wir dabei, dass die stets dem amerikanischen Statistiker Leo Goodman zugeschriebene ökologische Regressionsanalyse schon Anfang der dreißiger Jahre von dem deutschen Statistiker Felix Bernstein entwickelt, von der dama-

---

<sup>24</sup> Vgl. den in diesem Heft abgedruckten Beitrag „Wahlerfolge und Wählerschaft der österreichischen NSDAP 1928-1932: Soziale Basis und parteipolitische Herkunft“, in: Österreichische Zeitschrift für Zeitgeschichte 15 (1988), S. 223-44 (gemeinsam mit Dirk Hänisch), Reprint in this HSR Supplement.

<sup>25</sup> Siehe dazu „Unemployment and the Rise of National Socialism. Contradicting Results from Different Regional Aggregations, in: Peter Nijkamp (Hrsg.), Measuring the Unmeasurable. Nijhoff, Dordrecht u.a. 1985, S. 357-70 (gemeinsam mit Jan-Bernd Lohmöller, Johann de Rijke und Andreas Link).

ligen wissenschaftlichen Öffentlichkeit aber nicht zur Kenntnis genommen worden war.<sup>26</sup>

Unter methodischen Gesichtspunkten erwähnenswert (und für ähnlich gelagerte Analysen von Bedeutung) ist weiterhin die Entdeckung, dass in Aggregatdatenanalysen die Erhebungseinheiten mit ihrer Einwohner- oder Wahlberechtigtenzahl gewichtet werden müssen, da sich sonst erhebliche Verzerrungen der gemessenen Zusammenhänge ergeben können, falls man mit Prozentwerten arbeitet.<sup>27</sup> Nicht nur aus methodologischer, sondern auch aus theoretischer Perspektive bedeutsam ist ferner die Erkenntnis, dass sich die statistische Beziehung zwischen dem NSDAP-Anteil und, beispielsweise, dem Arbeiteranteil, gravierend verschieben, ja sogar das Vorzeichen wechseln kann, wenn die Prozentuierungsbasis der Anteilsvariablen geändert wird. Als Faustregel ist davon auszugehen, dass auf der linken und rechten Seite einer Erklärungsgleichung möglichst die gleiche Prozentuierungsbasis verwendet werden sollte; im Normalfall empfiehlt es sich, die Anteilswerte auf der Basis der Wahlberechtigten zu berechnen.<sup>28</sup>

Gelegentlich ist dem Projekt vorgehalten worden, dass es nichts Neues zu Tage gefördert, sondern eher Bekanntes mit erhöhtem Aufwand bestätigt habe. In der Tat ist auch das erfolgt; „neu“ ist in der Wissenschaft allerdings nicht nur das Überraschende, erstmals Gesagte oder Gedachte. Das gibt es heutzutage in den Geschichts- und Sozialwissenschaften kaum noch; immer hatte schon einmal ein anderer diese oder jene gute Idee; wohl die meisten wissenschaftlichen Hypothesen sind schon einmal vorher von jemandem aufgestellt worden. „Neu“ ist aus erfahrungswissenschaftlicher Perspektive auch der empirische Beleg für bisher nur Vermutetes, unvollständig Bestätigtes oder statistisch lückenhaft Begründetes. Selbst wenn aus dem Projekt gar nichts anderes herausgekommen wäre als die bessere Bestätigung bestimmter Hypothesen, was eine nachweislich verfehlte Annahme darstellt, hätte es sich daher um ein sinnvolles wissenschaftliches Unternehmen gehandelt. Hinter einer solchen Kritik scheint ein Wissenschaftsverständnis zu stehen, das nur wenig mit den Erkenntnisidealen zu tun hat, denen sich die empirischen Wissenschaften, zu denen sich auch die Geschichtswissenschaft zählt, verpflichtet fühlen.

Ähnliches gilt für die manchmal geäußerte Kritik, dass zwischen früheren und späteren Publikationen des Projektes (vor allem hinsichtlich der Schätzergebnisse der verschiedenen ökologischen Regressionsanalysen) Unterschiede auftreten. Es geht hierbei jedoch fast immer um kleinere Prozentabweichungen, kaum jemals um Größenordnungsdifferenzen. Diese Unterschiede sind in erster Linie darauf zurückzuführen, dass im Verlauf der Projektarbeit methodisch

---

<sup>26</sup> Vgl. Some Further Aspects of Ecological Regression Analysis, in: *Quality and Quantity* 1 (1986), S. 109-25 (gemeinsam mit Jan-Bernd Lohmöller).

<sup>27</sup> Siehe *Hitlers Wähler*, S. 62

<sup>28</sup> Ebd., S. 63f.

dazugelernt wurde, dass mit theoretisch sinnvollerer Prozentuierungsbasen gearbeitet wurde, adäquatere Gewichtungszusammenhänge verwendet, die Berufsmerkmale altersbereinigt wurden (bei weitem nicht alle Arbeiter, aber so gut wie alle Selbstständige waren älter als 20) etc. Die substantiellen Resultate werden von derartigen Abweichungen nur im Ausnahmefall berührt. Bestimmte Abweichungen sind aber auch auf die große Sensibilität der ökologischen Regressionsanalysen gegenüber Veränderungen der Schätzmodelle zurückzuführen. Aus diesem Grunde wurde von Jan-Bernd Lohmöller die genannte Erweiterung des Verfahrens entwickelt, mit deren Hilfe es möglich ist, den Effekt möglicher „Störfaktoren“ wenigstens tendenziell zu neutralisieren.<sup>29</sup>

Neben den für das gesamte Reichsgebiet Gültigkeit beanspruchenden inhaltlichen Ergebnissen wurden im Rahmen des Projektes – oder zumindest durch dieses veranlasst – diverse Regional- und Lokalstudien über die NSDAP-Wählerschaft durchgeführt, über Franken, Ostpreußen und Hamburg oder, als eigener Projektbestandteil, Österreich, sowie Villingen im Schwarzwald, Kiel, den Kreis Hildesheim-Marienburg, den Übergang von den Kaiserreichs- zu den ersten Weimarer Wahlen etc.<sup>30</sup> Kaum untersucht worden sind bisher Regionalwahlen wie beispielsweise die hessischen oder badischen Landtagswahlen, die wichtigen preußischen Landtagswahlen am Ende der Weimarer Republik und natürlich viele regionale und lokale Einzelfälle. Allerdings hat sich gezeigt, dass der Erkenntniswert von Lokal- und Regionaluntersuchungen gering bleibt, wenn nicht unter einer vereinheitlichenden Fragestellung die größere Vertrautheit und Verbundenheit mit dem Forschungsprojekt, die nur im Rahmen von solchen räumlich begrenzten Studien gewonnen werden kann, dazu benutzt wird, die Mechanismen der Konversion und der Meinungsbildung in einem überschaubaren, wenigstens teilweise rekonstruierbaren Rahmen zu analysie-

---

<sup>29</sup> Mittlerweile gibt es Weiterentwicklungen der ökologischen Schätzverfahren namentlich durch den Harvard-Statistiker Gary King. Siehe u.a. „A Solution to the Ecological Inference Problem: Reconstructing Individual Behavior from Aggregate Data“. Princeton, Princeton University Press, 1997. Eine Anwendung dieses Verfahrens auf die NSDAP-Wähler mit interessanten Resultaten, die jedoch den Ergebnissen von „Hitlers Wähler“ nicht widersprechen, sondern sie fruchtbar ergänzen, findet sich bei Gary King, Ori Rosen, Martin Tanner und Alexander Wagner, "Ordinary Economic Voting Behavior in the Extraordinary Election of Adolf Hitler", in: *Journal of Economic History* 68 (2008) 4, S. 951-96.

<sup>30</sup> Vgl. „Der Aufstieg der NSDAP in Franken bei den Reichstagswahlen 1924-1933. Ein Vergleich mit dem Reich unter besonderer Berücksichtigung landwirtschaftlicher Einflußfaktoren“, in: *German Studies Review* 2 (1986), S. 293-318; „Die unterschiedlichen Wahlerfolge der NSDAP in Baden und Württemberg – Ergebnis differierender Sozialstruktur oder regionalspezifischer Faktoren?“, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.), *Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland*, Duncker und Humblot, Berlin 1991, S. 283-298 (gemeinsam mit Hartmut Bömermann); ferner Torsten Schneider, Wolfram Schulz: „Die Wählerschaft der NSDAP in Kiel“, in: Dankerl/Lorenzen-Schmidt/Schulte/Weber (Hrsg.), *Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein*, Bd. 2. Veröffentlichungen des Beirats für Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Kiel 1987, S.231-61.

ren. Abweichende Fälle, die sich leicht aufgrund des erarbeiteten Materials identifizieren lassen, dürften hier forschungspolitisch von größerem Interesse sein als der nochmalige Nachweis, dass im Ort Y oder im Kreis Z Katholiken weniger, Protestanten dagegen stärker, dass arbeitslose Arbeiter seltener und Selbständige häufiger NSDAP gewählt haben.

Größere Forschungslücken bestehen nach wie vor noch hinsichtlich anderer Parteien und politischer Lager, obwohl sich unser Erkenntnisinteresse verstärkt auch diesen während der letzten Projektjahre zugewandt hatte. So fehlen zum Beispiel immer noch ausführliche historische Wahlanalysen über das Zentrum, die Bayerische Volkspartei oder die DNVP. Über die Herausbildung, Entwicklung und den Niedergang des liberalen Lagers hat mein früherer Student und späterer Mitarbeiter, Jürgen Winkler, eine vorzügliche Dissertation vorgelegt. Eine weitere durch das Projekt angeregte bemerkenswerte Arbeit beschäftigt sich mit dem Wahlverhalten der Juden in der Weimarer Republik.<sup>31</sup> Die Referenden von 1926 und 1929 sind bisher ebenfalls noch nicht ausreichend aus wahlhistorischer Perspektive untersucht worden. Dies gilt schließlich auch für den Aspekt von Kontinuität und Diskontinuität im Hinblick auf die ersten Nachkriegswahlen nach 1945 und die Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik<sup>32</sup>. Fruchtbare Erkenntnisse kann man sich auch von einer Verbindung unterschiedlicher Aspekte und Ebenen der Massengefölgerschaft des Nationalsozialismus, etwa von einer gemeinsamen Analyse der Wahl- und Mitgliederentwicklung der NSDAP oder dem Einfluss des lokalen oder regionalen Presseklimas auf die Wahlerfolge der NSDAP versprechen.<sup>33</sup>

---

## Das NSDAP-Mitgliederprojekt

---

Damit kommen wir zu einem Anschlussprojekt, das mich heute noch (bzw. wieder) beschäftigt: die Analyse der NSDAP-Mitgliedschaft. Durch meine Publikationen zur NSDAP-Wählerschaft kam ich recht bald in engeren wissenschaftlichen Kontakt mit Forschern wie Michael Kater, Konrad Jarausch, der Bielefelder Gruppe um Wehler und Kocka, den Herausgebern der HSR, in deren Beirat ich bis heute sitze, und vielen anderen. Durch Michael Kater lernte ich den damaligen Direktor des Berlin Document Center (BDC), Dan Simon, und durch diesen wiederum seinen Nachfolger, David Marwell, kennen.

---

<sup>31</sup> Vgl. Jürgen Winkler, *Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871–1933*, Westdeutscher Verlag, Opladen, 1995; Martin Liepach, *Das Wahlverhalten der jüdischen Bevölkerung in der Weimarer Republik*, Mohr/Siebeck, Tübingen 1996.

<sup>32</sup> Siehe dazu meinen Beitrag „Recurring Patterns of West German Voting Behaviour: Continuities and Discontinuities 1928 to 1953“, in: Stein U. Larsen (Hrsg.), *Modern Europe After Fascism 1943–1980s*. Boulder/Col. 1998 (Social Science Monographs), S. 111–48.

<sup>33</sup> Vgl. hierzu „Hitlers Wähler“, Kap. 9.

Dadurch erhielt ich, was damals für Berliner Wissenschaftler praktisch unmöglich war, *direkten* Zugang zu den NS-Massenakten, die im BDC gelagert waren. Zusammen mit einer Forschergruppe der University of Minnesota unter der Leitung von William Brustein zogen dann Mitarbeiter meines Lehrstuhls im Jahre 1989 in einem fast ein halbes Jahr andauernden Kraftakt eine ungewöhnlich umfangreiche Stichprobe aus der NSDAP-Mitgliederkartei. Genauer gesagt handelt es sich um zwei verschiedene Stichproben mit rund 42.000 verwertbaren Fällen, die aus den beiden weitgehend erhalten gebliebenen Mitgliederkarteien der NSDAP, die damals im BDC aufbewahrt wurden (heute liegen sie im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde) gezogen wurden. Unserer damaligen Fragestellung folgend beschränkte sich die Stichprobenziehung im Falle der Minnesota-Gruppe auf die Parteieintritte der Jahre 1925-1932 bzw. im Falle der Berlin-Gruppe auf die Jahre 1925 bis 1933. Anders als bei Michael Kater, der Jahre zuvor eine große proportionale Stichprobe für die Jahre 1925 bis 1945 gezogen hatte, waren unsere beiden Stichproben disproportional angelegt, um für die Anfangsjahre, als die NSDAP noch eine sehr kleine Partei mit vergleichsweise wenig Neueintritten war, eine ausreichende Zahl von Fällen für die Analyse zu haben.

Abweichend von Kater wurden von der Berlin-Gruppe sämtliche auf den jeweiligen Karteikarten enthaltenen Informationen aufgenommen. Während Kater nur die Merkmale Eintrittsjahr, Beruf, Wohnort, Geburtsjahr und Geschlecht aufnahm, erhoben wir alle auf den Karteikarten ausgewiesenen Informationen, darunter – über Kater hinausgehend – auch den Geburtsort, den Familienstand, mögliche Austritte und Wiedereintritte, die Ortsgruppe, den Gau, eventuelle neue Ortsgruppen und Gaue (nach Wiedereintritt oder Umzug) sowie die Mitgliedsnummer. Bei der Stichprobe selbst werteten wir für die Anfangsjahre, als die NSDAP noch sehr wenig Mitglieder aufwies, in den zuvor nach einem Zufallsverfahren bestimmten Karteikästen jede Mitgliedskarte, für die darauf folgenden Jahre jede n-te Karte aus. Die Minnesota-Gruppe ging nach einem ähnlichen Verfahren vor, wobei deren Auswertung sich wie gesagt auf die Jahre 1925 bis 1932 beschränkte und auch nicht sämtliche auf den Karteikarten angegebenen Informationen erhob.

Eine der Hauptschwierigkeiten, die sich vor allem der amerikanischen Erhebungsgruppe stellte, war die Tatsache, dass viele Karteikarten nicht in lateinischer, sondern in deutscher Schreibschrift, d.h. in sogenannter Sütterlin- oder Kurrentschrift, ausgefüllt waren. Dies erwies sich insbesondere bei der Entzifferung von Ortsnamen als ein nicht zu unterschätzendes Hindernis. Mithilfe des deutschen Ortshandbuchs, flankierenden Informationen wie des Geburtsortes oder der Ortsgruppe sowie des NSDAP-Gaus gelang es in den meisten Fällen, die entsprechenden Ortsnamen dennoch zu entziffern. Im Prinzip trat dieses Problem auch bei den Berufsbezeichnungen und bei den Vornamen der jeweiligen Parteimitglieder auf, wobei letztere dazu dienten, das Geschlecht zu bestimmen. Informationen, die nicht eindeutig identifiziert werden konnten, wur-

den als *missing* gesetzt. Nicht auszuschließen ist, dass im einen oder anderen Falle ein Ortsname oder eine Berufsbezeichnung fehlerhaft entziffert und in die Datenmaske aufgenommen worden ist. Doch sollten sich hieraus keine systematischen Fehler ergeben, auch ist die Zahl der Zweifelsfälle vergleichsweise gering geblieben.

Durch eine Doppelaufnahme von Fällen aus Karteikästen, die in beiden Stichproben identisch ausgewählt worden waren, ließ sich feststellen, inwieweit Fehler vorgekommen sind, und wie diese zwischen der Minnesota-Gruppe und der Berlin-Gruppe streuen. Dabei zeigt sich, dass die Datenaufnahme durch die Berlin-Gruppe (naturgemäß, da es sich hier um Muttersprachler handelte) deutlich zuverlässiger war als durch die Minnesota-Gruppe. Ferner zeigte sich aber auch, dass die Zahl der Fehler, gemessen durch die Nicht-Übereinstimmung bei identischen Fällen, vergleichsweise gering ist.<sup>34</sup> Allerdings liefert der Vergleich der beiden Stichproben aus der alphabetischen Namenskartei und der ursprünglich geographisch angeordneten Mitgliederkartei Hinweise darauf, dass es systematische Ausfälle im Bestand gibt, was sich einerseits in der Verteilung von Regionen, andererseits in den Anfangsbuchstaben der Nachnamen niederschlägt. So ist beispielsweise der Anfangsbuchstabe K in der sogenannten blauen Kartei mit 10,5% vertreten, in der grünen Kartei aber nur mit 1,6%. Das bedeutet, dass die Stichproben zwar mit gewissen Zufallsschwankungen für die Gesamtkartei repräsentativ sind, dass aber der erhaltene gebliebene Bestand nicht mehr hundertprozentig repräsentativ für die beiden NSDAP-Mitgliederkarteien sein kann. Anscheinend ist in dem Säurebad der Papiermühle, aus dem die beiden Mitgliederkarteien gerettet werden konnten,<sup>35</sup> doch ein gewisser Teil vernichtet worden (man geht von 10 bis 20% des Ausgangsbestands aus), und dies nicht zufällig, was Auswirkungen auf die Namensverteilung und damit wohl auch auf die regionale Verteilung der Mitgliedskarten haben dürfte, da Familiennamen in Deutschland regional unterschiedlich verteilt sind. Bei anderen Merkmalen hingegen wie den verschiedenen Eintrittswellen, dem Geschlecht oder dem Alter gibt es keine systematischen Unterschiede zwischen den beiden Karteien und – mit Ausnahme der Mitgliedsnummer – zwischen den Ziehungsteams.<sup>36</sup>

<sup>34</sup> Vgl. Torsten Schneider-Haase, Beschreibung der Stichprobenziehung zu den Mitgliedern der NSDAP vom 27. März - 7. September 1989 im Berlin Document-Center, in: *Historical Social Research* 16 (1991) 3, S. 113-51.

<sup>35</sup> Vgl. Dan Rogers, U.S. Department of State, Appendix to Testimony before the Subcommittee on International Organizations, International Security, and Human Rights, April 1994 <<http://www.h-net.org/~german/discuss/transfer/whatis.html>> (abgerufen am 10.7.2012).

<sup>36</sup> Hier scheinen bei einer nachträglichen Bearbeitung der Minnesota-Daten, möglicherweise durch *cut and paste*, die Variablen „party number“ und/oder Eintrittsjahr („entry“) kontaminiert worden zu sein. Die Korrelation der Mitgliedsnummer mit dem Eintrittsdatum liegt nahe bei Null, sollte aber tatsächlich sehr hoch sein, da die Mitgliedsnummern im Prinzip konsekutiv und im allgemeinen auch nicht doppelt vergeben worden sind. Bei der Berlin-Stichprobe hingegen liegt die erwartete hohe Korrelation von Mitgliedsnummer und Ein-

Mit der Stichprobenziehung und der Aufnahme der Daten war es natürlich nicht getan. So enthielt der Rohdatensatz über 2000 verschiedene Berufsbezeichnungen, die für die Zwecke sozialhistorisch aussagekräftiger Analysen zu analytisch fruchtbaren Kategorien zusammengefasst werden mussten. Da waren unendlich viele Entscheidungen zu treffen, wohin denn in der Weimarer Republik ein konkret benannter Beruf gehörte. Um möglichst viele Analysen durchführen zu können und auch zu Vergleichen mit anderen Untersuchungen der NSDAP-Mitgliedschaft in der Lage zu sein, wurden die auf den Karten angegebenen Berufe, die sichtlich auf Selbstauskünften beruhten, nach mehreren Kategorisierungsschemata eingeteilt, zum Beispiel der Gliederung nach der Betriebszugehörigkeit gemäß der Berufszählung von 1925, einer Aufgliederung nach der Ausbildung, der Stellung im Beruf, einem hierarchischen Schichtungsmodell nach Kater und einem weiteren Schichtungsmodell nach Mühlberger<sup>37</sup> etc. Diese Arbeit verbrauchte viele Personenjahre. Ohne die gute personelle Ausstattung meines Berliner Lehrstuhls und eine Kleinförderung der DFG wäre diese Sisyphusarbeit kaum möglich gewesen. Hier zahlte sich erneut aus, dass mein Lehrstuhl einem Forschungsinstitut angegliedert war. An meinem Mainzer Lehrstuhl wäre trotz der gleichen, ja sogar numerisch noch besseren personellen Ausstattung diese Form der Datensatzbearbeitung und -erweiterung angesichts der viel stärkeren Belastung der Mitarbeiter durch Lehre, Prüfungen und Verwaltung kaum möglich gewesen.

Da die Informationen auf den Mitgliedskarten insgesamt doch recht spärlich sind (so fehlen beispielsweise Angaben zur Konfession, zur Bildung, zur Gemeindegröße, zum wirtschaftlichen Umfeld, zur Arbeitslosigkeit etc.) wurden von meinen Mitarbeitern die aufgenommenen Ortsangaben in nicht minder mühevoller Kleinarbeit mit den im Gemeindedatensatz des Weimarer Wahldatenprojektes enthaltenen Ortsangaben abgeglichen, so dass eine Verknüpfung der Variablen des Wahldatensatzes mit denen des Mitgliederdatensatzes möglich wurde. Dadurch lässt sich beispielsweise analysieren, ob Arbeiter in einem katholischen Kontext (was in Gemeinden mit nah an die 100% Katholiken dann auch katholische Arbeiter gewesen wären) zu bestimmten Zeitpunkten häufiger oder weniger häufig in die NSDAP eingetreten oder wieder ausgetreten sind als Arbeiter in nicht-katholischen Kontexten. Ferner kann man nachprüfen, ob die NSDAP-Mitglieder eher aus Gebieten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit oder einem überdurchschnittlichen Anstieg der Arbeitslosenquote kamen oder ob das Gegenteil der Fall ist etc. Die damit geschaffe-

---

trittsdatum vor. Wir versuchen gegenwärtig, den Schaden zu beheben. In der vorliegenden Form ist die Mitgliedsnummer der Minnesota-Stichprobe ebenso wenig benutzbar wie das Eintrittsjahr. Der Fehler scheint bei letzterem zu liegen.

<sup>37</sup> Vgl. Michael Kater, *The Nazi Party: A Social Profile of Members and Leaders, 1919-1945*, Harvard University Press, Cambridge, Massachusetts 1983; Detlef Mühlberger, *The Social Bases of Nazism 1919-1933*, Cambridge University Press, Cambridge 2003, S. 24.

nen Analysemöglichkeiten sind noch längst nicht ausgeschöpft. Wenn ich es richtig sehe, haben überhaupt erst William Brustein und ich mit diesen Kontextinformationen gearbeitet, und auch das bisher eher cursorisch.<sup>38</sup>

Nach Abschluss dieser Arbeiten erhoben wir eine weitere, diesmal proportional aufgebaute Stichprobe aus den beiden NSDAP-Mitgliederkarteien. Diese Stichprobe enthielt allerdings nur rudimentäre Informationen, da sie einzig und allein dem Zwecke diente, anhand der Eintritte, Austritte, Wiedereintritte etc. das Netto-Größenwachstum der NSDAP bzw. die Zahl der NSDAP-Mitglieder zu einem beliebigen Zeitpunkt zu berechnen. Aus den Mitgliedsnummern ließ sich das nicht bestimmen, da die Mitgliedsnummern grundsätzlich nach dem Bruttoprinzip vergeben wurden, d.h. dass durch Austritt oder Auswanderung oder Tod freigewordene Mitgliedsnummern normalerweise nicht wieder vergeben wurden (allerdings gibt es Ausnahmen von dieser Regel). Aus diesem Grunde ist auch die Schätzung der Gesamtzahl der NSDAP-Mitglieder anhand der höchsten vergebenen Mitgliedsnummer unrealistisch hoch. Am Ende der NS-Herrschaft, zum Zeitpunkt des größten Mitgliederbestandes, dürfte es „nur“ rund 8 Millionen und nicht, wie manchmal zu lesen steht, 14 Millionen Parteigenossen gegeben haben.

Sozusagen im Vorgriff auf die beiden „großen“ Stichproben hatten Christa Niklas-Falter, meine damalige Frau, und ich bereits eine kleinere Stichprobe aus den im BDC befindlichen Beständen der parteistatistischen Erhebung von 1939 gezogen. Mithilfe eines über die Ortsgruppen und Kreisleitungen verteilten und von diesen wieder einzusammelnden Fragebogens, der im Gegensatz zur 1935 publizierten parteistatistischen Erhebung nicht von den Kassenleitern der Ortsgruppen und Stützpunkte der NSDAP, sondern von den einzelnen Mitgliedern selbst auszufüllen war, wurde das Hauptorganisationsamt der Partei damit beauftragt, Angaben zu den Personalien aller damals eingeschriebenen NSDAP-Mitglieder zu erheben, insbesondere Daten über die einzelnen Mitglieder, ihre Stellung im Beruf, die Konfession und die Mitgliedschaft und Tätigkeit in anderen Parteigliederungen. Stichtag war der 1. Juli 1939. Durch den Kriegsausbruch kam es möglicherweise nicht mehr zu einer lückenlosen Durchführung der Befragung. Eine Auswertung auf Reichsebene erfolgte nicht. Erhalten geblieben sind von dieser Erhebung anscheinend nur vereinzelte Lokalbestände, darunter auch der (möglicherweise aber leicht beschädigte) Bestand des Gaus Groß-Berlin, aus dem wir im Herbst 1988 eine zufallsgesteuerte Stichprobe von etwas mehr als 2400 Fragebögen zogen.<sup>39</sup>

---

<sup>38</sup> Vgl. *The Sociology of Nazism. An Interest-Based Account*, in: *Rationality and Society* 6 (1994) 3, S. 369-99 (gemeinsam mit William Brustein); *Who Joined the Nazi Party? Assessing Theories of the Social Origins of Nazism*, in: *Zeitgeschichte (Österreich)* 22 (1995) 3/4, S. 83-108 (gemeinsam mit William Brustein); William Brustein, *The Logic of Evil. The Social Origins of the Nazi Party, 1925-1933*, Yale University Press, New Haven 1996.

<sup>39</sup> Eine Auswertung dieser Stichprobe findet sich in Jürgen W. Falter unter Mitarbeit von Christa Niklas-Falter, „Die parteistatistische Erhebung der NSDAP 1939. Einige Ergebnisse

Damals durften wir noch direkt in die Katakomben des BDC, wo wir uns in dem fast fußballfeldgroßen Raum, in dem die verschiedenen NSDAP-Mitgliederkarteien, aber auch die anderen Mitgliedsbestände etwa des NS-Lehrerbundes, des NS-Juristenbundes oder des NS-Ärztbundes untergebracht waren, frei bewegen konnten. Natürlich habe ich da neugierdehalber auch nachgeschaut, ob wirklich kein engeres Familienmitglied in der NSDAP war. Dabei machte ich zunächst die verblüffende Entdeckung, dass mein am Ende des Krieges in Italien gefallener zweiter Patenonkel, der jüngere Bruder meines Vaters, mit 18 Jahren in die NSDAP eingetreten war. Als ich das meinem Vater erzählte, wollte er das genauso wenig glauben wie meinen Bericht von der Karteikarte, die ich mit seinem Namen in der NS-Ärztbund-Kartei gefunden hatte. Dass es sich wirklich um seinen Bruder handelte, konnte ich ihm anhand des Geburtsdatums und der Wohnadresse beweisen. Die Reaktion meines Vaters war allerdings absolut glaubwürdig, als er sagte, das habe nun wirklich niemand von der Familie gewusst, sein Bruder habe das geheim gehalten, da sonst sein die NSDAP geradezu verabscheuender Vater ihn zu Hause rausgeworfen hätte. Überdies schwor er mir, er sei wissentlich nie dem NS-Ärztbund beigetreten. Tatsächlich fand sich dann auch auf seiner Karteikarte, im Gegensatz zu praktisch allen anderen Karteikarten der NS-Ärztbund-Kartei, keine Unterschrift. Des Rätsels Lösung war, wie er dann durch Anruf bei Kollegen seiner damaligen Assistenzarztstätigkeit am Krankenhaus Ludwigshafen oder Oppau feststellte, dass wohl sein Chef ihn zusammen mit den anderen Assistenzärzten kollektiv dem NS-Ärztbund als Mitglied gemeldet hatte.

---

## Weitere Forschungsprojekte und Publikationen

---

Neben der Arbeit an den Forschungsprojekten über die NSDAP hatte ich mich in meinen Forschungen und Publikationen stets auch mit anderen Fragestellungen der Politikwissenschaft beschäftigt, vor allem mit Fragen der empirischen Wahlforschung, inbegriffen die Analyse von jeweils anstehenden Wahlen, ferner mit Problemen der politischen Einstellungsforschung und mit der Analyse rechts- und linksextremer Einstellungen und Wahlakte, aber auch nach wie vor mit methodologischen Fragestellungen.<sup>40</sup> Nach dem Wechsel von Berlin nach Mainz auf einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt

---

aus dem Gau Groß-Berlin", in: Thomas Nipperdey u.a., *Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte*. Festschrift zum 70. Geburtstag, Berlin 1993, S. 175-203.

<sup>40</sup> Auch wenn der Eindruck dieser autobiographischen Skizze täuschen mag: Das Thema NSDAP-Wähler und -Mitglieder umfasst nur einen Bruchteil meiner Publikationen, nämlich zwei von insgesamt 26 als Autor oder Herausgeber verantwortete bzw. mitverantwortete Bücher und rund 50 von derzeit etwa 210 Beiträgen in wissenschaftlichen Zeitschriften, Sammelbänden, Institutsreihen und Lexika.

Innenpolitik und Politisches System der Bundesrepublik Deutschland trat die Beschäftigung mit der Massenbasis des Nationalsozialismus allmählich in den Hintergrund. Große Forschungsprojekte zusammen mit Hans Rattinger (damals Bamberg), Oscar W. Gabriel (Stuttgart) und Karl Schmitt (Jena) über die Entwicklung der Politischen Kultur in Ost- und Westdeutschland nahmen nun meine zunehmend geringer werdende Zeit für Forschung in Anspruch. Die personelle Unterausstattung eines rapide wachsenden Instituts – in einem Semester mussten wir einmal mangels NC über 700 neue Studierende aufnehmen, bei damals gerade einmal vier (!) Professuren – machte sich zunehmend bemerkbar. Die Zahl der Prüfungen und zu korrigierenden Arbeiten wuchs geradezu exponentiell nach meinem Universitätswechsel, für den hauptsächlich persönliche Gründe verantwortlich waren (leichtere Erreichbarkeit der in München lebenden Familie, die Nähe zu den unaufhaltsam älter werdenden Eltern, die nur noch eine knappe Autostunde weg wohnten etc.). Hinzu kamen größere administrative Verpflichtungen im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung. Kurz: Binnen weniger Jahre waren die hallyonischen Tage (Ranke) des primär auf Forschung ausgerichteten Hochschullehrerdaseins, die sowohl meine Münchner als auch meine Berliner Zeit prägten, vorüber. Deutscher Hochschulalltag führte immer mehr das Regiment. Dies gilt vor allem für die Jahre nach der Jahrtausendwende.

In den Jahren davor war der Forschungs- und Publikationsertrag durchaus noch ansehnlich. Zwei kleine Bändchen über die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland und über die Partei der Grünen und ihre Wähler entstanden in dieser Zeit, aber auch mehrere Herausgeberbände, so ein umfangreiches Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift (PVS) über „Rechtsextremismus“, ein erster Sammelband über „Politische Kultur in Rheinland-Pfalz“ sowie ein voluminöser Band über die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen, den wir ob seines Umfangs projektintern nur den roten Backstein nannten.<sup>41</sup>

Letzterer enthielt erste Ergebnisse eines ungewöhnlich umfangreichen und kostspieligen, von der DFG am Ende mit mehr als 1,7 Millionen DM geförderten Forschungsvorhabens. Im Rahmen dieses Projektes befragten wir in drei aufeinanderfolgenden Wellen 1994, 1998 und 2002 *dieselben* Personen in den alten und den neuen Bundesländern über ihre politischen Grundeinstellungen,

---

<sup>41</sup> Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, C. H. Beck, München 1994; Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung, C. H. Beck, München 2003 (gemeinsam mit Markus Klein); "Rechtsextremismus", Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift 27, Westdeutscher Verlag, Opladen 1996 (Hrsg., gemeinsam mit Hans-Gerd Jaschke und Jürgen Winkler); Politische Kultur in Rheinland-Pfalz, v. Hase und Koehler, Mainz 2000 (Hrsg., gemeinsam mit Ulrich Sarcinelli, Gerd Mielke und Bodo Benzner); Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Leske und Budrich, Opladen 2000 (Hrsg., gemeinsam mit Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger).

ihre gegenseitigen Wahrnehmungen, ihr Verständnis von Politik und Staat etc. Dieses an drei Standorten (Bamberg, Stuttgart und Mainz) betriebene sozialwissenschaftliche Großprojekt, das eher durch einen Zufall, wegen einiger Verzögerungen bei der Projektgenehmigung, jeweils um die anstehenden Bundestagswahlen gruppiert ins Feld gehen konnte, bildete die Grundlage oder vielleicht eher den Nucleus der mittlerweile fest etablierten Deutschen Wahlstudie. Aus diesem Politischen-Kultur-Projekt heraus entstand eine Vielzahl von Aufsätzen, Dissertationen und wissenschaftlichen Sammelbänden.<sup>42</sup> Da sich die Umfragen zugleich als Wahlumfragen vor und nach den jeweiligen Bundestagswahlen verwenden ließen, basieren auch einige der bekannten Blauen Bände, die über lange Jahre hinweg von Max Kaase und Hans-Dieter Klingemann herausgegeben worden waren, zu deren Herausgebern ab 2002 ich für ein paar Jahre zusammen mit Oscar W. Gabriel und Bernhard Weßels zählte, zum Teil auf den in diesem Projekt erhobenen Daten.

Schon 1994 war ich zu einem der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft gewählt worden. Zwischen 2000 und 2003 war ich dann ihr Vorsitzender. Kaum hatte ich dieses Amt an meinen Nachfolger übergeben, musste ich dann doch, wogegen ich mich sehr lange erfolgreich gesträubt hatte, für drei Jahre das Amt des Dekans, genauer: des Gründungsdekans des im Rahmen einer der unzähligen Universitätsreformen geschaffenen neuen großen Fachbereichs Sozialwissenschaften, Medien und Sport der Mainzer Universität mit fast 7000 Studierenden übernehmen. Solche Ämter auszuüben sind wichtige Tätigkeiten im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung, kein Zweifel, aber sie wirken nicht gerade produktivitätsfördernd. Dennoch gelang es in dieser Periode das praktisch ausschließlich von Mitarbeitern meines Lehrstuhls und anderen ehemaligen Mainzern verfasste „Handbuch Wahlforschung“ fertigzustellen. Mit seinen 826 Seiten gilt es heute im deutschen Sprachraum als das Standard-Überblickswerk der empirischen Wahlforschung, das allerdings angesichts der Fortschritte des Faches allmählich einer Neuauflage bedarf.<sup>43</sup> Seit 2005 sind weitere Sammelbände unter meiner (Mit-)Herausgeberschaft erschienen, die sich mit politischen

---

<sup>42</sup> Genannt seien hier nur: Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 2002. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005 (Hrsg., gemeinsam mit Oscar W. Gabriel und Bernhard Weßels); Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland. Nomos, Baden-Baden 2005 (Hrsg., gemeinsam mit Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger); Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich. C. H. Beck, München 2006 (Hrsg., gemeinsam mit Oscar W. Gabriel, Hans Rattinger und Harald Schoen); Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland. Nomos, Baden-Baden 2007 (Hrsg., gemeinsam mit Hans Rattinger und Oscar W. Gabriel); Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 2005. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2009 (Hrsg., gemeinsam mit Oscar W. Gabriel und Bernhard Weßels).

<sup>43</sup> Handbuch Wahlforschung. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005 (Hrsg., gemeinsam mit Harald Schoen).

Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland beschäftigen, mit dem gesamtdeutschen Wähler, mit den Bundestagswahlen 2002 und 2005 sowie erneut mit Aspekten der Politik in Rheinland-Pfalz.<sup>44</sup> Selbst zu einigen wissenschaftlichen Aufsätzen und einer Menge halb- und viertelwissenschaftlicher Publikationen fand ich Zeit.

Aber im Vergleich zu früheren Schaffensperioden musste das notwendigerweise Stückwerk bleiben, umso mehr, da die Bewerbung der Universität Mainz in der im Juni 2012 entschiedenen Exzellenzinitiative, in deren engstem Steuerungsgremium ich saß, immer wieder viel mehr Zeit in Beschlag nahm, als man eigentlich als – zumindest prinzipiell – forschungsorientierter Hochschullehrer vertreten konnte. Nicht vergessen werden sollte in diesem Zusammenhang, dass die Umstellung der Studiengänge auf die gestuften Studienabschlüsse, also den Bachelor und Master, ungeheuer viel Zeit in Anspruch nahm, erst als Vorstandsmitglied des Instituts für Politikwissenschaft, dann als verantwortlicher Dekan des Fachbereichs. Ich schätze, dass den deutschen Universitäten, wenn ich einmal vom Aufwand in unserem Institut hochrechnen darf, Hunderte von Mannjahren an Forschungszeit verloren gegangen sind. Übrigens mit dem Erfolg, dass sich für viele die Studiendauer eher verlängert als verkürzt hat. Die Reflexionsfähigkeit der Studierenden hingegen hat sich nach meiner Beobachtung im Gefolge der Verschulung des Studiums deutlich verringert. Um international bestehen zu können, hat man unter Berufung auf eine einheitliche europäische Hochschullandschaft sichtlich die schlechteren Aspekte des amerikanischen Universitätssystems übernommen ohne gleichzeitig dessen gute Seiten bei uns zu implementieren.

Eigentlich wäre schon 2009 mit meiner Hochschullaufbahn Schluss gewesen, hätte ich nach dem Beamtengesetz folglich mit 65 pensioniert werden müssen. Aber auf Antrag der Universität verlängerte die Wissenschaftsministerin des Landes Rheinland-Pfalz meine Tätigkeit als Hochschullehrer noch dreimal für jeweils ein Jahr, so dass mein endgültiger Eintritt in den Ruhestand als Hochschullehrer zum 1.4.2012 vollzogen werden sollte. Doch wieder war mir das Glück gewogen, da ich mit gleichem Datum für die kommenden drei Jahre zum „Senior-Forschungsprofessor“ oder vielleicht besser: Senior Research Professor, ernannt wurde, eine sehr seltene Ehre, da es hiervon nur fünf im ganzen Land Rheinland-Pfalz gibt und auch nicht viel mehr gleichzeitig geben soll. Diese Stelle ist mit ein wenig Forschungspersonal ausgestattet, einigen Forschungsmitteln, Räumen und einer vollen Einbindung in die Infrastruktur der Universität, aber ohne Lehr- und Prüfungsverpflichtungen, ohne die Pflichten eines Lehrstuhlinhabers und ohne die Mitgliedschaft in zig Gremien der akademischen Selbstverwaltung.

---

<sup>44</sup> Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2010 (Hrsg., gemeinsam mit Ulrich Sarcinelli, Gerd Mielke und Bodo Benzner).

Dieses Amt, das mehr als ein Austragshäusel ist, wird mir Gelegenheit geben, das Projekt über die Mitglieder der NSDAP, das ich bei meinem Wechsel an die Universität Mainz nicht mehr in gebührendem Maße weiterverfolgen und auch während eines knapp einjährigen Aufenthalts am Wissenschaftskolleg in Berlin nicht wirklich voranbringen konnte, nun doch noch abzuschließen. In diesem Rahmen haben wir bereits die Stichprobe aus den beiden NSDAP-Mitgliederkarteien für die Jahre 1934-1945 um rund 9000 Fälle aufgestockt, um auf diese Weise eine Gesamtbetrachtung der NSDAP-Mitgliederentwicklung, der Struktur der Mitgliedschaft, ihrer Alters- und Geschlechtsgliederung usw. zwischen 1925 und 1945 zu ermöglichen. Während ich diese Zeilen schreibe, stehen meine Mitarbeiter und ich mitten in der Phase der Datenkorrektur und der Einbindung von Kontextinformationen. Ich freue mich auf die vor mir liegende, hoffentlich relativ ungestörte Zeit der Verarbeitung und Analyse der Daten der NSDAP-Mitgliederstichprobe und auf die geplante Niederschrift der Ergebnisse in einer Monographie, die den Parallelband zu „Hitlers Wähler“ darstellen soll. Was kann es für einen schöneren Ausklang oder besser: Fortgang eines nun schon fast viereinhalb Jahrzehnte dauernden Hochschullehrer- und Forscherlebens geben!